

politischen Führung des Landes, ohne Gefahr zu laufen, ihre Monopolstellung zu verlieren. Die gesellschaftlichen Organisationen wiesen jedoch unter diesen Bedingungen, den Bedingungen einer gesellschaftlichen Zwangshomogenisierung, könnte man sagen, einen großen Nachteil auf: Die soziale Kommunikation funktionierte nur von oben nach unten, ohne wirksame, authentische Mechanismen der Rückkoppelung. In der SED-Diktatur wurde diese Funktion der Vermittlung und Rückkoppelung vorhandener, auch gegensätzlicher gesellschaftlicher Interessen durch ein engmaschiges, mehrfach ausgelegtes Netz der inneren Kontrolle und Überwachung ersetzt. Bei der Verfeinerung dieses Netzes leisteten die Massenorganisationen der SED einen wichtigen Beitrag, wobei dem FDGB als größter Massenorganisation möglicherweise die bedeutendste Rolle zufiel.

Als die SED im Herbst 1989 ihre führende Rolle verlor, tuckerte der Motor aus, als dessen Transmissionsriemen sich der FDGB, seine Untergliederungen und Funktionäre stets verstanden hatten. Seine ungewerkschaftliche Tätigkeit und gewerkschaftliche Untätigkeit hatten den FDGB so umfassend diskreditiert, daß sich sein Zusammenbruch nahezu lautlos und sein Verschwinden unauffällig vollzog.

Schönen Dank (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Danke schön, Herr Hertle, vor allem auch dafür, daß Sie sich von dem umfangreicheren Manuskript, das Sie hatten und das sicherlich auch der Veröffentlichung dienen wird, gelöst haben.

Ich möchte jetzt folgende geschäftsleitende Bemerkungen machen. Zunächst werde ich noch die Wortmeldungen aufnehmen. Nach der Einladung war für 11 Uhr eine Pause vorgesehen. Ich glaube, wir sollten die Zeit der Pause für eine Fragerunde nützen. Es haben sich ja eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen schon gemeldet. Gegen 11.30 Uhr findet dann ein Pressegespräch des Vorsitzenden und der Obleute im Nebenraum statt.

Bisher liegen mir Wortmeldungen vor von Herrn Meckel, Frau Fischer, Herrn Mitter, Herrn Gutzeit, Frau Barbe, Frau Dr. Wilms, Herrn Dehnel, Prof. Wilke, Herrn Fricke, Frau Michalk und Herrn Poppe. Dazu kommen jetzt Frau Wisniewski und Herr Weisskirchen.

Ich darf noch darum bitten, die Fragen möglichst kurz zu halten und zu sagen, ob sie an einen, an zwei oder an alle drei Referenten gerichtet sind. Bitte, Herr Meckel als erster.

Abg. Meckel (SPD): Ich bin sehr dankbar für diese Vorträge des heutigen Vormittags, die eine unterschiedliche Themenstellung hatten und deshalb natürlich von sehr unterschiedlicher Basis ausgegangen sind. Der erste und der dritte Vortragende hatten die Möglichkeit – und es damit leichter –, konkret mit Dokumenten umzugehen und sich auf Dokumente zu beziehen. Wenn man

hingegen über das Denken der Menschen spricht, ist das viel schwieriger, weil man das weniger belegt findet.

Vielleicht auch deshalb habe ich am meisten Probleme mit dem zweiten Vortrag und Fragen an den Referenten. Ich möchte an Herrn Lapp eine Reihe von Fragen richten, die ich kurz zu skizzieren versuche.

Herr Lapp, ich möchte Sie fragen, ob nicht das meiste von dem, was Sie insbesondere ausführlich zu den CDU-Mitgliedern gesagt und geschrieben haben, für die gesamte DDR-Bevölkerung gilt. Das heißt, wenn Sie bestimmte inhaltliche Aussagen über das Denken der Mitglieder machen, kann man da nicht in gleicher Weise fragen, was hier spezifisch für CDU-Mitglieder gilt und was für die Bevölkerung der DDR insgesamt.

Die gleiche Frage, spezifischer gestellt: Glauben Sie nicht, daß ein sehr großer Teil dessen, was Sie speziell zu den CDU-Mitgliedern sagten, auch für die zwei Millionen SED-Mitglieder gilt? – Die Frage würde ich eher bejahen. Deshalb möchte ich so klar zurückfragen.

Dann ist natürlich die zurückwirkende Frage, ob der Ansatz der Beschreibung richtig und angemessen war, insbesondere wenn Sie sehr deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Blockparteien konstatieren. Es kam zum Teil so heraus, als ob das die Mitglieder der Parteien gewesen seien, während ich frage, ob das nicht doch stärker, jedenfalls was die NDPD und die LDPD betrifft, Inhalte waren, die sich auf die Parteiführungen beziehen, insbesondere das von Ihnen angesprochene Verhältnis von NDPD und LDPD.

So möchte ich insgesamt doch die Struktur dessen, was Sie sagten, hinterfragen. Wie sehen Sie das Verständnis der Mitglieder, die in diesen Parteien waren, im Verhältnis zu denen, die sich überhaupt nicht in solche Parteien begeben haben? Es gab ja gut zwei Millionen SED-Mitglieder, bei allen Blockparteien zusammengenommen waren es vielleicht 500 000. Was ist zum Beispiel bei der CDU besonders Oppositionelles, wie Sie es beschreiben, im Verhältnis zu denen, die nicht in Parteien waren? – Es gab ja zwar manchen Druck, aber glauben Sie, daß es in den letzten 20 Jahren einen Grund gab, etwas anderes zu wollen, als es die SED-Führung wollte, und deshalb in eine der Blockparteien zu gehen? – Ich möchte mein Urteil gleich sagen: Ich halte das für absurd.

Meine letzte Frage möchte ich ins Verhältnis setzen zu dem, was Herr Suckut in bezug auf das Selbstverständnis, das Lebensgefühl der Menschen gesagt hat. Da sehe ich die drei Vorträge im Zusammenhang. Glauben Sie also, daß die Mitglieder von Blockparteien als FDGB-Mitglieder in irgendeiner Weise ein besonderes Ziel hatten? Wie verhielten sie sich zu dem, was die Funktion der Blockparteien innerhalb des Systems war, wie es Herr Suckut dargestellt hat, als Transmissionsriemen und Versuch, die Gesamtbevölkerung einzubeziehen, gleichgültig, was sie denkt – denn das war ja dann oft wirklich egal. Wichtig

war, daß die Leute funktionierten. Würden Sie dem folgen können, daß genau dieses Funktionieren durch die Blockparteien sichergestellt worden ist?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Ich bitte, die Fragen kurz zu halten. (Beifall) Ich verstehe natürlich, daß man immer auch begründen möchte. Aber wir haben jetzt etwa ein Dutzend Fragesteller und sollten die Zeit intensiv nutzen.

Abg. Frau Fischer (Gräfenhainichen) (SPD): Meine Frage geht an Herrn Lapp. Herr Lapp, ich möchte mich zunächst einmal bedanken für Ihre Sendereihen in den 80er Jahren. Für mich als DDR-Bürgerin war das quasi Geschichtsunterricht. Für mich war es nichts Neues, zu hören, daß die DBD neben der SED als eine der fortschrittlichsten Parteien galt. Ich beglückwünsche die Partei, die diese Mitglieder jetzt geschenkt bekommen hat.

Nun zu meinen Fragen. Welche Nischen meinen Sie, die man in der DDR damals als Blockparteimitglied besser besetzen konnte denn als Parteiloser? Wie erklären Sie sich den Widerspruch zwischen der Außenseiterrolle der Blockparteimitglieder und den gleichzeitigen Funktionsbesetzungen in den Räten der Kreise, in den Schulen, in den Betrieben, während parteilose Bürger Funktionen in den Räten der Kreise, als Schuldirektoren usw. nicht innehaben konnten?

Meine dritte Frage ist: Führen Sie den von Ihnen angeführten starken Zulauf zur LDPD zwischen 1977 und 1988 ausschließlich auf die Beliebtheit von Herrn Gerlach zurück und auf sein oppositionelles Verhalten? – Dabei kenne ich nur einen einzigen Satz von Herrn Gerlach, der da hieß: „Widerspruch ist nicht gleich Widerstand.“ Das war kurz vor der Wende. Oder sehen Sie diesen Mitgliederzuwachs auch begründet durch die veränderte SED-Politik in bezug auf die Gewerbetreibenden seit 1985? Da gab es gewisse Lockerungen, weil man sich davon auch einen Nutzen für die Volkswirtschaft versprach, um das Warenangebot und die Dienstleistungen verbessern zu können.

Sv. Dr. Armin Mitter: Ich möchte es sehr kurz machen. Vor allen Dingen der Beitrag von Herrn Lapp hat mir doch stark zu denken gegeben. Pointiert könnte man sagen: Herr Lapp, Ihren Beitrag, so wie Sie ihn hier gehalten haben, hätte man 1989 durchaus im theoretischen Organ der SED, der „Einheit“, veröffentlichen können. (Teilweise Beifall) Das ist sehr pointiert und sehr scharf, aber in der Tat, glaube ich, so muß man es sehen. (Unruhe) Die konkrete Frage an Sie: Auf welche Materialien stützen Sie sich bei Ihrem Vortrag? Ich kenne die Akten der SED sehr genau, zumindest einigermaßen, und mit ihnen läßt sich kaum ein Argument, das Sie hier gebracht haben, stützen, auch nicht, was die einzelnen Parteien anbetrifft. Bei Ihrem Vortrag hat man den Eindruck gehabt, daß es ein oppositionelles Spektrum neben der SED gegeben hat. Das hat es in der Tat nicht gegeben.

Aber eine weitere konkrete Frage möchte ich stellen: Wie sehen Sie das

Verhältnis zwischen Parteivorstand und Parteibasis? – Ich glaube, gerade im Rahmen dieser Enquete-Kommission ist es wichtig, daß man klar unterscheidet, welche unterschiedlichen Motivationen Menschen hatten, in die Blockparteien einzutreten, und was die SED bewogen hat, diese Blockparteien einerseits zuzulassen und andererseits auf sie entsprechend einzuwirken. – Danke.

Sv. Martin Gutzeit: Ich gehe auch auf Herrn Lapp zu, gerade aus der Erfahrung im Zusammenhang mit der CDU: Herr Lapp, glauben Sie nicht, daß die CDU-Mitglieder sehr wohl wußten – jedenfalls wenn sie mit Nicht-Parteimitgliedern redeten –, daß diese Mitgliedschaften doch in erheblichem Maße Anerkennung, Stabilisierung des Systems, überhaupt Erzeugung eines demokratischen Scheins ausmachten? – Es war ja nicht selbstverständlich. Wie sehen Sie das Bewußtsein, das hier hinsichtlich Kollaboration mit dem SED-Regime vorhanden war? – Auf der Seite der evangelischen Theologen war dieses Bewußtsein ganz klar vorhanden, jedenfalls wenn man sich die Reaktionen anschaut, wenn einer der Kollegen der CDU angehörte. Und das war dann nicht der Versuch nur, sozusagen Verantwortung wahrzunehmen, sondern ich bin mir dessen bewußt gewesen – und auch sehr viele meiner Kollegen waren es –, daß derjenige, der dort, in so einer Blockpartei mitspielte, jedenfalls eine viel größere Systemnähe hatte.

Das heißt also: Wie weit sehen Sie dieses Bewußtsein bei den Mitgliedern der Blockparteien im Verhältnis zu anderen Bürgern entwickelt? – Danke.

Abg. Frau Barbe (SPD): Zu Herrn Lapp möchte ich nur sagen: Ich erhoffe mir – leider – keine Aufschlüsse von Ihren Antworten. Und am meisten entsetzt war ich, als Sie sagten, Mitglieder der CDU, der LDPD, der NDPD seien der Partei der Stellvertreter beigetreten und damit frei von Verantwortung und Schuld.

Ich frage mich: Wenn wir diese These hier im Raum stehen lassen, dann können wir die ganze Aufarbeitung der Vergangenheit seinlassen. Funktionsübernahme heißt auch Verantwortungsübernahme. Das ist doch ganz deutlich und ganz wichtig. Dann ist ja jeder zu verstehen, der heute behauptet, er hätte ja nur das Beste gewollt. Also ich denke schon, daß das Zur-Verantwortung-Stehen etwas ganz Wichtiges ist.

Darüber, denke ich, müßten wir uns auch noch einmal auseinandersetzen. Leider ist mir von Ihnen, Herr Lapp, meine Erkenntnis oder Erfahrung bestätigt worden, die ich von etlichen Sachverständigen – auch zu Fragen des § 218 – mitbekommen habe, daß hier Sach-Unverständige aufgetreten sind. (Widerspruch) Das widerspricht meinem Verständnis von Wissenschaft. (Zuruf der Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU)) – Ich finde mich in diesen Erfahrungen nicht wieder, Frau Wilms. Das ist das Problem an der Geschichte.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Frau Kollegin Barbe, es wäre schön, wenn Sie sich jetzt auf eine Frage konzentrieren würden. Ich

möchte zwar die Kolleginnen und Kollegen nicht rügen, und Sie können auch durchaus Wertungen abgeben, auch in den Fragen, nur glaube ich, das, was Sie zuletzt gesagt haben, entspricht nicht dem, was wir hier sonst – wenn auch streitig – als Stil bevorzugen. (Beifall)

Abg. Frau Barbe (SPD): Gut. Ich komme zu dem Vortrag von Herrn Hertle. Ich möchte seine Thesen durch folgendes bestätigen.

Ich selbst habe Abgeordnete, die vom FDGB als Kandidaten zur Volkskammerwahl 1990 aufgestellt worden waren, gefragt, ob sie gleichzeitig auch Mitglied der SED seien. Es gab in diesen Veranstaltungen beträchtliche Unstimmigkeiten, weil diese Leute, die vom FDGB als Kandidaten aufgestellt worden waren, nicht zugeben wollten, daß sie gleichzeitig SED-Mitglied waren. Durch Fragestellung konnte man genau herausbekommen, daß über 80 Prozent der damals aufgestellten Kandidaten SED-Mitglieder waren und nur zusätzlich noch von anderen Organisationen oder Parteien aufgestellt worden waren. Also, wer vom FDGB aufgestellt war, war in der Mehrzahl der Fälle gleichzeitig auch SED-Mitglied.

Zum zweiten: Auch zur „Westarbeit“ der Gewerkschaften ein Beispiel. Nach 1989, als es darum ging, neue Gewerkschaften im Bereich Bildung und Erziehung aufzubauen, also neuere Lehrgewerkschaften, haben wir die Erfahrung gemacht, daß Mitglieder der GEW (West) massiv bei uns auftraten und die Leute beeinflussen wollten, ehemalige Ost-Kader auch wieder mit zu wählen. Dagegen haben wir uns verwahrt und gesagt: Wir wollen halt unsere eigenen Leute wählen; die, von denen wir wußten, daß sie sich gerade auch in Fragen der Erziehung anständig verhalten hatten und auch etwas Neues wollten.

Meine Frage ist: Können Sie diese Einschätzung bestätigen, Herr Hertle, und welche West-Zusammenarbeit gab es gerade da weiter?

Meine dritte Frage bezieht sich auf die Kontrolle der Leute, die in den Gewerkschaften Funktionen innehatten. Ich weiß von Leuten, die teilweise Funktionen in der Gewerkschaft hatten, daß sie, wenn sie tatsächliche kritische Fragen gestellt hatten, dann aus der Betriebsgewerkschaftsleitung oder aus höheren Positionen ausgegliedert worden sind. Ich frage, ob das Einzelbeispiele sind oder ob das bestätigt werden kann. Hat man auch Herrschaftswissen vorenthalten, indem man, zum Beispiel mit den Gläubigen, Vorveranstaltungen durchgeführt, die Linie festgelegt hat, bevor die eigentliche Veranstaltung stattfand?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Ich appelliere noch einmal an alle Fragesteller, sich möglichst kurz zu halten.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Meine erste Frage geht an Herrn Hertle. Es ist die Bitte, daß Sie noch einmal etwas genauer darlegen, inwieweit die Blockparteien in den FDGB einbezogen waren bzw. ob das nicht der Fall

gewesen ist. Sie hatten das angedeutet; ich würde das gern noch etwas genauer hören.

Meine zweite Frage möchte ich mit einer Feststellung einleiten. Es ist ja bekannt, daß die CDU der alten Bundesrepublik es stets abgelehnt hat, mit der Führung der CDU-Ost in irgendwelchen Kontakt zu treten. Aber es hat sich vor allen Dingen in den letzten Jahren, ab Mitte der 80er Jahre, gezeigt, daß sich hier und da Gesprächsmöglichkeiten zwischen einzelnen Ortsverbänden oder einzelnen Mitgliedern der CDU in der damaligen DDR entwickelten. Deshalb meine Frage an die beiden Referenten über die Blockparteien: Hat sich nicht gerade auch in der letzten Phase der DDR eine deutliche Differenzierung auf der Ortsebene entwickelt, wobei sich die Einstellung der Mitglieder von dem unterschieden, was sich auf der Führungsebene der CDU-Ost darbot?

Mir ist bei Besuchen – ich darf das sagen – in der damaligen DDR gerade von Kirchenvertretern sehr häufig gesagt worden – ich war zunächst selber sehr skeptisch, habe das aber nachher so hingenommen –: Wir sind ganz froh, daß es da ein CDU-Mitglied bei uns im Rat, in der Schule, im Krankenhaus oder anderswo gibt, weil wir in ihm oft einen Ansprechpartner haben, der auch im Sinne des Sozialinstituts der Kirchen – Krankenhäuser, Altenheime u.ä. positiv wirkt.

Ich würde also gern von beiden Referenten noch etwas mehr über diese Differenzierung vor allen Dingen gerade in den letzten Jahren hören.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Erlauben Sie mir jetzt folgende Frage an die Kommission. Mit dem nun aufzurufenden Herrn Dehnel hätten wir die Hälfte der Wortmeldungen abgearbeitet. Sollen wir dann eine Antwortrunde einlegen oder die Fragerunde fortsetzen? – Der Vorsitzende signalisiert weitere Fragestellungen; ich ziehe das auch vor.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Da ich 1945 geboren bin, könnte ich jetzt tausend Fragen stellen; denn ich bin ja in der damaligen DDR aufgewachsen. Ich möchte mich aber auf zwei Fragen beschränken, und zwar auf Fragen an Herrn Suckut und Herrn Lapp.

Es geht mir um die Kommunalparlamente. Sie wissen ja alle, es gab damals auch Kommunalparlamente in den Gemeinden, Städten und Kreisen, dann im Bezirk; letzten Endes kam die Volkskammer. Sehen Sie, daß es dort auch Demokraten gegeben hat, die sich nur zum Wohl der Stadt und zu ihrem Besten eingesetzt haben? – Denn es war wirklich so – ich bin selbst 10 Jahre Mitglied eines Stadtparlamentes gewesen –: Von den 50 Mitgliedern haben ganze zehn immer einmal den Mund aufgemacht, weil eben die Straßen in Ordnung gebracht werden sollten, Brücken zu bauen waren. Jetzt, nach der Einheit, haben wir es endlich geschafft, daß innerhalb von zwei Jahren geschehen ist, was wir früher in zehn Jahren nicht geschafft haben.

Eine andere Frage – an Herrn Hertle. Es gab ja bei der Gewerkschaft direkten

und indirekten Zwang, auch bei anderen Massenorganisationen. Ich kann mich entsinnen, wenn man Lehrling geworden war, ist man automatisch in den FDGB aufgenommen worden, und wenn nicht, hatte man so erhebliche Nachteile, die sich dann später fortsetzten.

Was ich vor allem vermisste: Die Urlaubsgestaltung war nur möglich, wenn man im FDGB war. Sie wissen selbst, daß man kaum ein Urlaubsziel ansteuern konnte, wenn man dort nicht organisiert war. Das war also ein indirekter Zwang.

Bei der DSF war es nicht anders. Wenn man studieren wollte, zum Beispiel im Abendstudium, wurde einem glattweg gesagt, daß man in der DSF sein müsse. Das war für mich dann direkter Zwang.

Meine Frage also: Wie sehen Sie die Ausübung direkten und indirekten Zwanges auf Bürger, Schüler und Lehrlinge?

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Hertle hat in seinem Referat ja eindrucksvoll die Doppelstruktur der Anleitung der SED gegenüber der Massenorganisation FDGB nachgewiesen. Das ist etwas, was ich bei dem Vortrag des Kollegen Suckut ein bißchen vermißt habe. Suckut hat uns über die Anleitung der Blockparteien durch die SED zuwenig vorgetragen. Da würde ich von ihm – aufgrund seiner Kenntnisse – gern noch mehr hören, wie die SED die Selektion auf der obersten Ebene der Blockparteien realisiert hat, ob da besondere Schulen notwendig waren, wie die Besetzungsverfahren waren, ob – wie beim FDGB auch – die oberen Führungsebenen der Blockparteien auf der Nomenklatura-Liste des ZK standen, welche Rolle zum Beispiel das Blockparteien-Berichtswesen gespielt hat, und zwar in ähnlicher Weise, wie das beim FDGB Hertle dargestellt hat. – Das ist der eine Komplex.

In einem zweiten Komplex möchte ich von Suckut noch ein paar Informationen haben. Die jedenfalls für mich substantiell wichtigste Information ist gewesen, daß er gesagt hat, in Krisensituationen des SED-Regimes oder des realsozialistischen Lagers sei es zu einer tendenziellen Aufwertung der Blockparteien gekommen.

Jetzt machen wir einmal einen Sprung zum Ende der SED-Herrschaft. Welche Erkenntnisse haben wir eigentlich, wie die „Gorbatschowisten“ in der SED, verknüpft mit den sowjetischen Genossen – es wird immer der Name Markus Wolf gehandelt, obwohl niemand Genaueres dazu sagen kann –, in der Wende vorbereitet haben – vielleicht kann uns da auch der Herr Keller ein paar Auskünfte geben –, daß über dieses Nomenklatura-System, das ja die Blockparteien zusammen mit der SED dargestellt haben, die zweite Reihe an die Spitze der DDR gestellt, geschoben wurde, um die deutsche Teilung weiter aufrechtzuerhalten, gleichzeitig die sowjetische Linie der Perestroika in der DDR gegen die alten „Betonköpfe“ durchzusetzen und – drittens – den Sozialistenstaat auf deutschem Boden gemeinsam zu verteidigen?

Wenn diese Ihre These stimmt, daß in Krisenzeiten gewissermaßen die Blockparteien als Kaderreserve der SED für den Bestand der sozialistischen Diktatur noch vorn geschoben wurden, dann erklärt uns das manches, was in der Wende gelaufen ist. Dann erklärt uns das zum Beispiel das Verhalten des Herrn Heyl in der Sitzung der CDU Anfang November 1989, als er Lothar de Maizière aus der dritten oder vierten Reihe, die er in der „Blockflöten“-Nomenklatura innehatte, an die Spitze der Partei schiebt, als jemand, der schon in den 50er und 60er Jahren in der Bundesrepublik öffentlich als der Mann des MfS in der CDU-Führung behandelt worden ist. Diese Frage ist für das Begreifen der Prozesse in der Wendezeit, glaube ich, von großer Bedeutung.

Abg. Frau Michalk (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Herrn Suckut. Sie hatten die Westorientierung der CDU und vor allem auch der LDPD zur F.D.P. beschrieben. Das möchte ich noch einmal vertiefen; ich kann das bestätigen. Aber meinen Sie nicht auch, daß dieser Wunsch nach einem Deutschland, nach dieser Wiedervereinigung, der in den Menschen mehr als Vision geherrscht, als daß das greifbar nahe realisierbar gewesen wäre, von der SED bewußt ausgenutzt worden ist, um sich die Leute gefügig zu machen?

Ich kann mich erinnern, daß zum Beispiel in den 60er Jahren, als Ulbricht damals den ersten „Offenen Brief“ an den seinerzeitigen Bundeskanzler geschrieben hat, der SED-Direktor meiner Schule angewiesen hatte, daß alle Pioniere so lange in Pionierkleidung zur Schule gehen müssen, bis die Wiedervereinigung da ist.

Und alle Eltern, ob sie nun SED-Mitglied waren oder nicht, haben das fleißig vier Wochen lang befolgt – dann ist das allmählich im Sande verlaufen, weil sie gemerkt haben, was los ist – und ihre Kinder entsprechend gekleidet.

Ich möchte wissen, ob Sie bestätigen können, daß die SED mit den Visionen der Menschen gespielt hat und ihr da jedes Mittel recht war.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Herrn Fricke hatte ich übergangen; aber er kommt jetzt dran.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank. – Ich kann anschließen an die Fragen, die Herr Wilke gestellt hat. Es ist eine Frage an Herrn Suckut und eine Frage an Herrn Lapp.

Es ist ja bekannt, daß der bürokratische Apparat der SED von der Staatssicherheit nicht politisch-operativ bearbeitet wurde. Wie sieht das mit den organisatorischen Apparaten der Blockparteien aus? Wieweit waren die Blockparteien mit Inoffiziellen Mitarbeitern durchsetzt? Hatte die Staatssicherheit die Arbeit in den Blockparteien ähnlich unter Kontrolle wie zum Beispiel im FDGB, wie das Herr Hertle hier dargelegt hat?

Die Frage an Herrn Lapp, von dessen Referat ich mir übrigens nicht vorstellen kann, auch für 1989 nicht, daß es in der „Einheit“ abgedruckt worden wäre. (Zustimmung bei Mitgliedern der Kommission) Frage: Gab

es eine Kontingentierung, was die Mitgliederwerbung für die Blockparteien anbelangt? – Sie haben ja dargelegt, daß die vier Blockparteien zusammen nur ungefähr 500 000 Mitglieder hatten, also ein knappes Viertel von dem, was die SED hatte. Gab es da eine Kontrolle, eine Limitierung in der Mitgliederbewegung? Wie hat die SED verhindert, daß die Blockparteien einen größeren Zulauf an Mitgliedschaft erhalten haben. – Vielen Dank.

Abg. Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe gar keinen Zweifel daran, daß es in allen Parteien Menschen gegeben hat, die tatsächlich Veränderungen wünschten, die auch Demokratisierung wünschten. Das gilt sicherlich für die Blockparteien, das gilt aber auch für die SED. Ich habe natürlich andererseits auch keinen Zweifel daran, daß die SED die Hauptverantwortung trägt für das, was in der DDR abgelaufen ist, und daß sie in allen Weisungsstrukturen dominierend war.

Aber – und das gilt für die ersten beiden Vorträge, insbesondere für das, was Herr Lapp vorgetragen hat: Ich meine, daß Sie da einer Legendenbildung aufgesessen sind, mit der seit 1989 in zunehmendem Maße versucht wird, daß gewissermaßen aus der Tatsache, sich in eine Blockpartei begeben zu haben, ein oppositioneller Anspruch herauszulesen ist.

Der Normalfall war ein anderer, und alle Erfahrungen, die wir mit Mitgliedern der Blockparteien gehabt haben, sahen so aus, daß es ein Versuch war, Karriereleitern zu erklimmen, ohne SED-Mitglied sein zu müssen. Und um eben bestimmte Funktionen auch erreichen zu können, war es von Vorteil, in einer Blockpartei zu sein. Es war ein größerer Vorteil, als in gar keiner Partei zu sein.

Sie haben gesagt, Mitglieder der Blockparteien seien immer nur für bestimmte Funktionen vorgesehen gewesen, es seien immer nur die Stellvertreter-Parteien gewesen, Herr Lapp. Ich muß sagen, das widerspricht allen Erfahrungen, die wir gemacht haben. Es widerspricht auch der Aktenlage; es widerspricht einfachsten Tatsache, zum Beispiel der Tatsache, daß der Oberbürgermeister von Weimar immer CDU-Mitglied gewesen ist. Es hat also bestimmte Bereiche, bestimmte Regionen gegeben, wo den Blockparteien bestimmte Ämter durch die SED-Führung zugewiesen wurden, deren Inhaber genau in dem Sinne der SED gehandelt haben. Mir ist nicht bekannt, daß die Stadt Weimar beispielsweise ein größeres oppositionelles Potential entwickelt hätte als meinetwegen die Nachbarstadt mit einem SED-Oberbürgermeister.

Ist Ihnen nicht bekannt, Herr Lapp, daß die Medien, die durch die Blockparteien gesteuert wurden – da gab es ja einige –, jeden Morgen ihre Weisungen von der SED-Spitze – also Büro Herrmann und Mitarbeiter – erhielten, was sie in ihren Zeitungen abzdrukken hätten? Und dann hat man tatsächlich immer einen Tag nach dem „ND“ in den Zeitungen der Blockparteien lesen können, was sie dachten, und zwar mit dem gleichen Wortlaut.

Ist Ihnen bekannt, daß im Kampf gegen die Friedensbewegung, gegen die

Opposition – Umweltbewegung, Menschenrechtsbewegung – der 80er Jahre insbesondere die CDU eingesetzt wurde, und zwar ganz gezielt durch SED und Staatsicherheit? Wenn in den Kirchen Diskussionsveranstaltungen stattfanden, auf denen Oppositionelle auftraten, Podien vorhanden waren, wo sich einmal ein Vertreter von Parteien oder aus dem Staatsapparat – das geschah in den allerseltensten Fällen nur – sehen ließ, so waren das grundsätzlich Vertreter der CDU, die dort die staatliche Position ohne jeden Abstrich vertraten und gewissermaßen das Gegengewicht zu den Auffassungen darstellen sollten, die da von der Friedens- und Umweltbewegung vertreten wurden.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Herr Kollege Poppe, darf ich bitten, daß Sie mit Ihren Ausführungen zum Schluß kommen, denn wir müssen wirklich schauen, daß wir mit der Zeit einigermaßen zurechtkommen, damit auch die Referenten noch antworten können.

Abg. Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage Sie, Herr Lapp, ob Ihnen all diese Dinge nicht bekannt sind, ob Sie, wenn Sie sie kennen, nicht eher davon ausgehen müßten, daß eine solche differenzierte Wertung dieser Parteien erst Sinn macht in der Endphase der DDR, nämlich im Herbst 1989, wobei das Ausmaß der Steuerung oder Beeinflussung durch die SED auch hier noch nicht endgültig geklärt ist.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Eine erste Frage geht an Herrn Hertle. Herr Hertle, Sie haben – für mich eigentlich sehr interessant – herausgearbeitet, wie der FDGB teilweise „Familienersatz“ war, sage ich einmal. Wie ging denn das zum Beispiel bei der Erholungsvermittlung vor sich? Welche Auswahlkriterien galten denn dafür, und wie wurde die Auswahl getroffen bzw. konnte man wählen?

Wie war dann eigentlich die Ideologievermittlung im FDGB gestaltet? Welche Aufnahme fand das, was verkündet wurde, bei den FDGB-Mitgliedern und insbesondere natürlich bei den Parteilosen, bei CDUlern, LDPDlern usw.?

Dann eine Frage an Herrn Lapp. Da bin ich besonders dankbar für den soziologischen Ansatz, der meines Erachtens sehr deutlich herausgekommen ist. Ich habe den Eindruck, daß gerade auch dieser Hinweis auf die Nützlichkeit der christlichen Arbeitsethik doch etwas ist, was auch jetzt und in der Zukunft noch eine Rolle spielen wird. Aber jetzt die Frage: Was heißt das, daß man vor ideologischen Nachstellungen der SED sicher sein konnte, wenn man Blockparteimitglied war? War also der Eintritt in eine Blockpartei so etwas wie ein Bekenntnis zur Ablehnung der geltenden Ideologie, also des Marxismus-Leninismus? (Unruhe) – Ja, da wollen wir doch lieber den Referenten erst einmal antworten lassen. – Gab es eine Differenzierung hinsichtlich der Ideologienähe – sage ich einmal – bei den einzelnen Parteimitgliedern bzw. gab es auch hinsichtlich dieses Gedankens an eine künftige deutsche Einheit Grundlagen? Sie haben ja hervorgehoben, daß das bei der CDU und LDPD besonders lebendig war. Auf welcher Grundlage beruhte das? War es so

ähnlich wie das, was wir bei der SPD mit dem Strategiepapier erlebt haben, oder gab es andere Grundlagen? – Das wären die Fragen. Danke schön.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Ich habe eine Frage an alle drei Referenten. Wie hoch schätzen Sie das Dissidentenpotential in den von Ihnen beobachteten Organisationen und Feldern ein? Und wenn es denn so wäre, daß dies letztlich so etwas gewesen wäre – diese Frage richtet sich besonders an Herrn Dr. Lapp, und ich rede jetzt einmal nur von der CDU – wie eine camouffierte Dissidentengruppierung, warum ist sie dann in der ehemaligen DDR nicht verboten worden?

Abg. Lehne (CDU/CSU): Ich habe zwei Fragen; die eine geht an Herrn Lapp und die andere an Herrn Suckut.

Zunächst zu der ersten. Herr Lapp, Sie haben meines Erachtens zutreffend, jedenfalls was meine Erfahrung aus vielen Jahren Teilnahme an einer kommunalen Partnerschaft zwischen Düsseldorf und Karl-Marx-Stadt angeht, beschrieben, daß es wohl so etwas wie ein Auseinanderfallen zwischen der Basis, zwischen dem Denken und dem Bewußtsein der Basis und der politischen Führung der Blockparteien gegeben hat, zumindest ein teilweises Auseinanderfallen. Ich wollte fragen, ob Sie das so bestätigen können, ob Sie da vielleicht an Beispielen beschreiben können, die Ihnen im Rahmen Ihrer Untersuchungen bekanntgeworden sind.

Die zweite Frage geht an Herrn Suckut. Mich würde interessieren, wie denn die Selektionsmechanismen aus der Sicht der SED bei der Auswahl der Führungskräfte der Blockparteien funktioniert haben, der politischen Führung der Blockparteien. Es ist ja wohl so, daß da von Anfang an Vorgaben gemacht worden sind, wer welche Position bekleiden kann, und eine unmittelbare Einflußnahme erfolgt ist. Wie ist dies technisch abgelaufen? Hat es da vorher Entscheidungen im Politbüro gegeben? Wie sind diese Einflüsse ausgeübt und Einflußmöglichkeiten genutzt worden?

Abg. Hansen (F.D.P.): Zunächst zwei Fragen an Herrn Suckut, und zwar im Anschluß an die Frage von Herrn Fricke: Welche Rolle haben zentral führende Personen und Organe der Blockparteien im Spiel von Blockpartei hin zur SED gespielt? Ich denke da an bestimmte Berichte an das Komitee für befreundete Parteien. Es geht also nicht nur um Durchsetzung mit IM, sondern um unmittelbares Zuspiel von Blockparteien an die SED auf dem Berichtswege.

Die zweite Frage an Herrn Suckut: Wie beurteilen Sie die Versuche, im November/Dezember 1989 das Stichwort „Sozialismus“ aus den Parteiprogrammen der Blockparteien herauszunehmen und insofern einen Wandel deutlich zu machen? Vor welchem auch zeitlichen Hintergrund liegt das: Sind die Programme schon 1988 oder erst im Frühjahr 1989? Wie weit gehen diese Versuche der Umorientierung zurück, und welchen Stellenwert haben eventuell diese Umorientierungsversuche? Nur in dem Sinne, wie Herr Wilke es gefragt

hat, oder in Richtung „Stichwort Wiedervereinigung“, auch wenn es dort natürlich nicht so benannt worden ist?

Die dritte Frage geht an Herrn Lapp. Verstehe ich Sie richtig – da ich inzwischen Ihr Manuskript vor Augen habe und wenn ich das jetzt nachlese –, daß Sie mit dem Stichwort von den Stellvertretern, das hier so „angenommen“ worden ist und das Herr Mitter und Frau Barbe, wenn ich es richtig verstanden habe, gewissermaßen zur Entlastung von Schuld verwendet sehen, eigentlich, wie ich jetzt denke, mißverstanden worden sind? Dann frage ich Sie: Ist nicht der Ausdruck „Partei von Stellvertretern“ im Zusammenhang dessen, was Sie gesagt haben, von „wirklicher Verantwortung“ und „frei von größerer Schuld“, vielleicht zurückhaltend formuliert, aber eben doch der Versuch zur differenzierten Beurteilung und nicht einer anderen Legendenbildung, nämlich einen Beitrag dazu zu leisten, zu sagen: Alle sind gleich? – Denn Poppe hat ja – wie ich finde, zu Recht – auch gesagt: auch in der SED habe es solche und solche gegeben.

Also darf man meiner Ansicht nach auch nicht insofern zu einer Legendenbildung beitragen, daß man sagt: Alle SED-Genossen sind sowieso über einen Kamm zu scheren und mit den SED-Genossen nun auch die Mitglieder der Blockparteien. – Das würde tatsächlich zu einer pauschalen, undifferenzierten und damit auch unehrlichen und falschen Aufarbeitung beitragen, wie ich es sagen möchte.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Ich möchte jetzt zunächst einmal betonen, daß die Vertreter der Presse, die überwiegend noch hier sind und nicht im Nebenraum, sicherlich interessiert sind, daß jetzt die Antworten erfolgen. Insoweit wird das Pressegespräch verschoben. Wenn anschließend noch Bedarf ist zu Fragen an den Vorsitzenden oder die Obleute, wird dieser Bedarf sicherlich befriedigt.

Die zweite Bemerkung an die Referenten: Es wäre jetzt wirklich unfair, wenn wir Ihnen, nachdem wir jetzt fast eine Dreiviertelstunde gefragt haben, nun ein Zeitlimit auferlegen würden. Auf der anderen Seite wäre es sicherlich hilfreich und könnte manche Antworten abkürzen, wenn Sie, da Sie ja da nun gut Bescheid wissen, auf eigene Veröffentlichungen oder auf Arbeiten von anderen hinweisen könnten. Das wäre jedenfalls orientierend für die Arbeit der Kommission.

Ich bitte zunächst Herrn Suckut, dann Herrn Lapp und zuletzt Herrn Hertle um die Antworten.

Dr. Siegfried Suckut: Wenn ich richtig Buch geführt habe, dann kam die erste Frage, die an mich gerichtet war, von Frau Wilms. Es ging da um die Frage, ob sich in der letzten Phase der DDR eine Differenzierung auf Ortsebene ergeben habe. – Ja, die hat es gegeben, und sie steht in ganz engem Zusammenhang mit der Entwicklung in den Kirchen. In dem Maße, wie sich dieser Konflikt zwischen Staat und gerade evangelischer Kirche zuspitzt, wird auch in den

CDU-Ortsgruppen intensiv dieses Thema diskutiert und zunehmend bei der Zentrale nachgefragt, warum sie denn untätig bleibe. Später, etwa 1988/89, wird dann auch gefragt, wie die Partei denn zulassen könne, daß kirchliche Zeitungen, genauer gesagt: Zeitschriften, beschlagnahmt werden.

Da sieht man einen ganz klaren und für mich ein wenig überraschenden Einfluß – jedenfalls was die Stärke anbetrifft – von seiten der engagierten Christen auf diese Partei. Es gab also offenbar immer eine erhebliche Zahl von CDU-Mitgliedern, denen die Mitgliedschaft in einer der christlichen Kirchen zugleich sehr wichtig war und die von daher nach meinem Eindruck – so wie ich es auch zusammengefaßt habe – eigentlich größeren Einfluß auf die Partei im Sinne der kirchlichen Interessen ausübten, als daß sie umgekehrt den bündnispolitischen Auftrag in die Partei hineingetragen hätten, aufgrund des bündnispolitischen Auftrages versucht hätten, die Partei zu verändern.

Zur Frage von Herrn Dehnel, ob es in den Kommunalparlamenten nicht auch Demokraten gegeben habe, die sich um das Wohl ihrer Stadt gekümmert hätten. Die gab es eindeutig. Natürlich war auf kommunaler Ebene die Arbeit in vielerlei Hinsicht weniger politisch im engen Sinne als auf der zentralen Ebene, und da findet man auch viele Formen von – man könnte fast sagen – bürgerinitiativ – ähnlichen Aktionen, daß in den Dörfern die Gemeindeglieder dazu übergingen, die Probleme, die vorhanden waren und die sich in manchen Bereichen – Stichworte Abwasserentsorgung oder Wasserleitungsbau – zuspitzten, in eigener Regie zu lösen, und zwar zusammen mit der gerade vor Ort aktiven Blockpartei; sehr oft ist es die CDU. Da waren das dann sehr willkommene Bündnispartner in einem sehr viel engeren Sinne, sehr willkommene Vertreter von Gemeindeinteressen, die aber zugleich einer Partei angehörten, die ja als staatsloyal anzusehen war, und die von daher auch als Staatsvertreter anzusehen waren und fungierten.

Zu dem Komplex, den Herr Wilke angesprochen hat: Wie hat die SED auf zentralen Ebenen die Selektion, wie Sie sagten, vorgenommen? – Das ist so präzise aus den Dokumenten nicht herauszufiltern, aber es ergeben sich doch bestimmte Strukturen. Das eine ist: Die SED hat den Blockparteien nach meinem Eindruck zunächst einmal eine Art Vorschlagsrecht gelassen. Das gilt zumindest für die Zeit ab dem Mauerbau; das gilt sicherlich nicht für Ende der 40er Jahre. Es wurde also erwartet, als Lothar Bolz den Parteivorsitz der NDPD aufgab, daß die Partei selbst sagte, wer Nachfolger werden sollte. Das kommt auch in Form einer Aktennotiz auf den Tisch des Generalsekretärs, und er gibt sein „Einverstanden“ dazu. Es ist auf anderen Ebenen offenbar ganz ähnlich verlaufen, bis hin zur Kreisebene, und das beantwortet auch schon die eine oder andere Frage, die in dieser Richtung hier zusätzlich gestellt worden ist.

Nach meinem Eindruck war das gängige Praxis: Die Parteien konnten zunächst einmal sagen, wer welche Position bekommen soll. Die Parteien erstatteten

auch intensiv vorab Bericht, wenn etwa ein Parteitag stattfand, bis hin zu der Frage, wer als ausländischer Teilnehmer daran teilnimmt bzw. daran teilnehmen soll. Bei dieser Gelegenheit wurden halt auch diese personellen Überlegungen der SED mitgeteilt, und wenn sie dagegen war, konnte sie intervenieren.

Es gibt allerdings häufiger Situationen, daß die SED keinen geeigneten Kandidaten sieht. Das wird ganz deutlich 1957 nach dem Tode von Otto Nuschke. Da ist sie offenbar ratlos, wer denn nun Nachfolger werden sollte. Ich habe das in dem erwähnten Beitrag im „Parlament“ ein bißchen erläutert. Sie hat also da keine so genaue Kaderpolitik betrieben, wie man es sich eigentlich von dieser Partei vorstellt, als daß sie nun schon hätte sagen können: In unserer Kaderakte steht doch schon seit langem das CDU-Mitglied X oder Y, das dafür vorgesehen ist. Da erwartete sie offenbar auch einen Vorschlag von der jeweiligen Partei, und die wiederum hatte nichts oder nichts Überzeugendes zu präsentieren.

Das ist manchmal fast unglaublich, wenn man etwa an die Bedeutung der NDPD und der Bauernpartei denkt. Beide waren ja eigentlich von Anfang an von der SED intensivst kontrolliert worden; man kann sagen, es waren Gründungen der SED. Wenn man sich dann die Personalpolitik anschaut, geschieht Merkwürdiges. Es gibt einen Brief eines Nationaldemokraten an den SED-Landesvorsitzenden in Thüringen von Anfang 1951. Tenor: Er verabschiedet sich, wie er sich nennt, „als letzter Verbindungsmann zur SED“ aus dem NDPD-Landesvorstand. Was war passiert? Von der ursprünglich einmal vorhandenen Mehrheit der eigentlichen SED-Mitglieder in diesem Landesvorstand waren nun alle versetzt worden, diese Partei war unter ganz andere Kontrolle geraten.

Ähnliches gilt für den Anfang der 50er Jahre, 1953, 1954. Die ZK-Abteilung „Befreundete Organisation“, wie sie später hieß, die für die Blockparteien jeweils zuständig war – der Name dieser Abteilung änderte sich –, muß 1953/54 eingestehen, sie wisse nicht mehr, wer früher eigentlich SED-Mitglied gewesen ist und den Auftrag bekommen hatte, in die NDPD und in die DBD einzutreten. Man müsse sich da erst wieder einen Überblick verschaffen.

Interessant fand ich auch, was über Gerald Götting gesagt wird: aus der Sicht der SED ein gänzlich von der Sache nicht Überzeugter, man könnte sagen: ein Opportunist, über den sie sehr präzise informiert war und von dem sie annahm, er spiele diese Rolle sozusagen nur und hätte genausogut auch eine andere Politik betreiben können. Da stellen sich natürlich Fragen wie etwa die: Wie konnte er dennoch Karriere machen? – Da müßte man die sowjetischen Akten kennen, dann würde man solche Fragen wohl in vielem besser beantworten können.

Ähnlich sieht es bei Gerlach aus, der ja in den Akten gerade der SED in Leipzig als eine sehr schillernde, sehr widersprüchliche Person geschildert

wird und der dennoch diese Karriere machen kann, weil offenbar die SED so kritisch und so differenziert argumentiert, daß sie, grob zusammengefaßt, sagt: Der Gerlach ist zwar jemand, der häufig auch sehr offen Kritik übt, manchmal auch gänzlich unbegründet, von dem wir aber wissen, daß er letzten Endes zuverlässig ist.

Ich kenne keine direkten Kaderabteilungsakten der SED. Ich kann also nichts dazu sagen, ob denn da wirklich nun präzise auf Karteikarten, oder wie man sich das vorstellen will, über Mitglieder der Blockparteien Buch geführt wurde, gerade über die Führungsmitglieder. Ich nehme an, daß es das gegeben hat. Gesehen habe ich das nicht.

Das Berichtswesen der CDU, das Sie noch ansprachen, war intensiv und genau vorgeschrieben seit den 40er Jahren; das war noch eine Entscheidung der Sowjetischen Militäradministration. Allmonatlich mußte Bericht erstattet werden, und das waren auch für die SED, glaube ich, sehr nützliche Berichte, weil halt häufig kritisch geschrieben wurde, was innerhalb der Bevölkerung und nicht nur innerhalb der Mitgliederschaft der eigenen Partei passierte. Besonders informativ waren die Berichte, die an Gerald Götting ab Mitte der 70er Jahre gingen und die – da bin ich mir sehr sicher – auch bei der SED landeten.

Herr Wilke hat dann noch zu der Krisensituation Ende der 80er Jahre gefragt, ob da nicht sozusagen die „Gorbatschowisten“ die personelle Entwicklung in den Blockparteien bestimmt hätten. Manches deutet darauf hin, daß zumindest die Abteilung „Befreundete Parteien“ beim ZK versuchte, hier Personalpolitik zu betreiben. Die Berufung von Lothar de Maizière scheint darauf hinzudeuten. Ich will mich da vorsichtig äußern, weil ich präzise Belege dafür nicht gefunden habe.

Ziel war es in der Tat, einen sozialistischen deutschen Teilstaat zu verteidigen. Damit gehe ich schon zum Teil auf das ein, was vorhin gefragt worden ist. Es ist in der CDU und meines Wissens auch in den anderen Blockparteien nicht schon vorab die Möglichkeit diskutiert worden, den Sozialismus sozusagen abzustreifen – Anfang 1990 –, sondern es geht zunächst einmal um die Frage: Wie können wir – Ende 1989 – diesen Sozialismus so reformieren, daß er Sozialismus bleibt? Dahinter stand natürlich auch die Unfähigkeit, sich vorzustellen, daß es die DDR in Kürze einmal nicht mehr geben würde.

Blockparteien als Kaderreserve der SED in Krisensituationen? – Herr Wilke, so habe ich es ja nun nicht verstehen wollen, sondern: In Krisensituationen ist die SED froh, daß es diese Organisationen gibt, und wenn es nur aus propagandistischen Gründen ist, daß sie sagen kann: In Polen und in der Sowjetunion kann es zu solchen Konflikten kommen; wir haben aber die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen schon viel länger bei uns eingebunden, bei uns ist ein Spektrum von Organisationen vorhanden, in dem

sich alle Interessen artikulieren können. Solche Krisensituationen wird es nicht geben.

Zur Frage: MfS und Blockparteien. Im SED-Archiv gibt es einen großen Bestand an Berichten, die die Generalsekretäre oder die stellvertretenden Generalsekretäre dieser Parteien an die SED-Führung, speziell an die zuständige ZK-Abteilung, lieferten. Man trifft sich da in regelmäßigen Abständen und spricht offenbar über alles, was sich parteiintern entwickelt hat.

Da gibt es offensichtlich Präferenzen. Da kann man heraushören, herauslesen, finde ich, daß der eine oder andere wohl auch Mitarbeiter des MfS gewesen ist, so daß das eine Grauzone ist, von der man nicht genau sagen kann: Spricht der nun als stellvertretender Generalsekretär, oder spricht er möglicherweise als Offizier im besonderen Einsatz?

Viel Material ist auch im ehemaligen ZPA der SED vorhanden. Da würde ich vermuten, es stammt eigentlich aus der Feder des MfS, ist aber als solches nicht zu erkennen.

Zur Frage von Frau Michalk, ob die Westorientierung nicht ausgenutzt wurde. Ja, das wurde generell ausgenutzt, etwa in der Weise, daß auch die SED in ihrer innenpolitischen Taktik über Jahrzehnte hinweg – ich würde meinen: bis in die 80er Jahre hinein – wußte: Wir dürfen dieses Thema „Innerdeutsche Beziehungen“ nicht gleichsam links liegenlassen, sondern wir müssen uns hier immer engagieren, müssen immer Vorschläge unterbreiten, so daß zumindest formal der Eindruck entsteht: Das ist auch uns ganz wichtig, und für uns gibt es – wie es ja dann in den 50er und 60er Jahren dargestellt wurde – eigentlich gar nichts Wichtigeres als die rasche Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Daß es sonst Formen gab, in denen das ausgenutzt wurde, da fallen mir so präzise Beispiele, wie Sie eines genannt haben, nicht ein. Aber ein Versuch, das auszunutzen, war natürlich dieser Auftrag an die Blockparteien, auch im Westen Werbung zu betreiben und zu versuchen, die Politik der F.D.P. und der CDU zu beeinflussen. Das geht wiederum auf das zurück, was Frau Wilms gefragt hat. Ja, solche Beziehungen hat es bei der CDU in offizieller Art nicht gegeben; man merkt aber in den Berichten gerade an Gerald Götting in den 80er Jahren, daß intensiv versucht wurde, zumindest mit Bundestagsabgeordneten oder anderen Vertretern der West-CDU – und sei es auf Tagungen – zusammenzutreffen. Da wird auch präzise Buch geführt. Der größte Erfolg – soweit ich es in Erinnerung habe – war, daß eine Vertretung der evangelischen Arbeitnehmerschaft Bayerns eine Delegation – wie es da hieß – der Ost-CDU-Leitung nach Erlangen einlud und man anschließend ein Gespräch mit einem CSU-Europaabgeordneten hatte. Nach diesem Bericht der Ost-CDU soll er gesagt haben: Auch das Verhältnis zwischen unseren Parteien wird sich ja nun bald normalisieren, denke ich.

So etwas wurde fein registriert. Oder auch, als der Siegener Stadtverband der

CDU die DDR besuchte und man sagte: Wir haben so gute Beziehungen zu Heiner Geißler, wir müssen ihm das einmal sagen, daß es hier auch Christdemokraten gibt.

Aber das Typische war, daß da halt keine offiziellen Beziehungen bestanden und das ein ganz großes Manko war, jedenfalls aus der Sicht der Mitglieder, die das häufig ansprachen und auch mit dem vergleichen, was die LDPD in bezug auf die F.D.P. an Kontakten entwickelt hatte.

Herr Poppe stellte die Frage, ob sich nicht die Legende bilden könne, daß der Beitritt zu einer Blockpartei als oppositionelles Verhalten zu werten sei. Nein, natürlich nicht. Ich würde meinen, daß dafür als Gründe zu nennen sind: erstens Karriereinteressen, speziell bei denen, die man zur Gruppe der Angestellten rechnen könnte, zweitens so etwas wie das Gefühl: Wir sind hier in einem sozialen Raum, da können wir uns mit Gleichgesinnten verständigen und auch ein Stück weit eigene Interesse durchsetzen. Diese gleiche Gesinnung konnte auch darin bestehen, daß sich ehemalige Offiziere der Wehrmacht gern in der NDPD trafen und da allmonatlich oder wöchentlich ihre Erfahrungen austauschten; auch so etwas gab es. Aber es gab auch so eine Art Selbsthilfeinitiative, könnte man sagen, wie es hier zum Teil bereits angesprochen ist, daß sich die Handwerker in einer LDPD-Versammlung verständigten, wie man wo sich gegenseitig Material beschaffen kann. Das ist eine ganz wichtige Funktion.

Wer Mitglied einer solchen Partei wurde – das war eine weitere Frage –, hat dadurch nicht dissidentes Verhalten demonstriert. Das Typische war nach meiner Überzeugung, daß hier zwar dissident gedacht, in vielem aber eben nicht gehandelt wurde. Zu einem Dissidenten gehört ja nun einmal untrennbar dazu, daß er das auch öffentlich macht. Das heißt, das CDU-Mitglied, daß sich bei Wahlen notgedrungen oder auch nolens volens zum Wahlhelfer erklären ließ, konnte durchaus jemand sein, der die Wahl nicht für demokratisch hielt. Aber er fungierte in dieser ihm zgedachten Aufgabe, so wie es nun systempositiv nötig war. Dissidenz war das allenfalls im Denken, aber nicht im Handeln. (Zuruf: Könnten Sie das etwas konkretisieren?) – Ich würde es belegen wollen aufgrund meiner eigenen Erfahrungen, die ich in Gesprächen mit CDU-Mitgliedern gemacht habe. Ich würde es aber auch belegen wollen mit grundsätzlichen – (Abg. Dehnel (CDU/CSU): Ich kann Ihnen da helfen als einer, der das mitgemacht hat! Wenn man da beispielsweise gesagt hat, die Urne muß weiter vorn stehen, damit die Leute wirklich vorbeigehen können, da ist man einmal dabei gewesen und das nächste Mal nicht wieder!)

Ich kenne eine ganze Reihe von ehemaligen Ost-CDU-Mitgliedern, die in solchen Aktionen, bei solchen Aufgaben mitgewirkt haben. Ich kenne sie so gut, um zu wissen, daß sie in wesentlichen Punkten nie von diesem DDR-Sozialismus überzeugt waren. Sie hielten dieses Abstimmungsverfahren

nicht für demokratisch. (Zuruf: Das betrifft aber nicht nur die CDU-Mitglieder, sondern das ganze Volk!)

– Ja, eben, das würde ich auch unterstreichen wollen! das ist völlig richtig. Wenn man einschätzen will, wie diese Mitglieder zu dem Staat standen, dann kann man sich, glaube ich, am ehesten von der Hypothese leiten lassen, die ich auch in dem Beitrag im „Parlament“ formuliert habe: Sie ähnelten der Gesamtbevölkerung; aber sie ähnelten ihr nur.

Das heißt, diese Form der Anpassung, diese Form der Nischensuche, diese Form, den eigenen Vorteil zu suchen, sich aber zugleich nicht allzusehr zu engagieren, das war ja gesamtgesellschaftliches Phänomen. Wenn man in die SED genauer hineinschaut, wird man da ganz Ähnliches finden.

Aber: Die Blockparteien gingen da einen Schritt über das hinaus, was die Gesamtbevölkerung tat, und engagierten sich, wie man den Zahlen entnehmen kann, zu Zehntausenden in der Nationalen Front. Das heißt, wenn man sich die Werte anschaut, jeder Dritte der Blockparteimitglieder war irgendwo in diesem im weitesten Sinne staatlichen Bereich engagiert, und das ist eine enorm hohe Zahl, finde ich. Da würde ich einen wesentlichen Unterschied sehen.

Aber, um die in den Blockparteien Organisierten einzuschätzen, ist es sinnvoll – ja, das glaube ich auch –, sich zunächst einmal von der Hypothese leiten zu lassen: Sie entsprachen dem gesamtgesellschaftlichen Denken und verhielten sich auch sehr ähnlich.

Zum Schluß gab es noch eine Frage nach der Verbindung Führungsleute bei Blockparteien und Ministerium für Staatssicherheit. Ich habe da nicht speziell recherchiert, obwohl man das von meiner Tätigkeit her vielleicht erwarten könnte, wer da nun Inoffizieller Mitarbeiter des MfS gewesen ist oder sogar Offizier im besonderen Einsatz. Es wird sie in erheblichem Maße gegeben haben. Man wird sich aber auch auf Unterschiede einstellen müssen, wie etwa den Unterschied, den ich vorhin schon andeutete: Gerald Götting und Wolfgang Heyl sind in dem Punkt sicherlich sehr unterschiedliche CDU-Repräsentanten und wurden in der SED, was Zuverlässigkeit anbetraf, auch ganz verschieden angesehen.

Auf die Frage, inwieweit der Begriff „Sozialismus“ 1989 aus den Parteiprogrammen gestrichen wurde, bin ich schon eingegangen. Das sieht man auch ganz deutlich im Verhalten von Lothar de Maizière, finde ich, wie schwer er sich in diesen Wochen seit November 1989 tut, diesen Begriff „Sozialismus“ im Programm zu belassen oder auch nicht. Wenn man sich die Entwicklung bis hin zum Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 anschaut, dann merkt man, daß zunächst einmal – wohl auch bei der Mehrheit der Mitglieder; da würde ich aber vorsichtig sein, doch es ist meine Vermutung – die Einstellung und die Erwartung vorherrschend waren, die DDR werde als Staat weiter existieren und sie werde wohl auch ein im weitesten Sinne sozialistischer

Staat bleiben, und wir müssen unsere Position jetzt als eigenständige Partei neu bestimmen, überhaupt bestimmen.

Aber das war ja dann erst ein zwar rasch eintretender, ab Januar 1990 feststellbarer Prozeß, daß der Sozialismus aus der CDU-Programmatik gestrichen wurde. Wenn man ein Datum nennen wollte, dann war es eigentlich Lothar de Maizières Rede auf dem Außerordentlichen Parteitag: der Sozialismus als „leere Worthülse“.

Ich bin nicht sicher, daß ich auf alle Fragen eingegangen bin. Wenn nicht, würde ich um Nachfrage bitten. Das war zunächst einmal das, was ich mir notiert hatte. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Danke, Herr Suckut. Nun Herr Lapp. Ich hoffe, daß wir einigermaßen in dem Zeitrahmen bleiben können, den Herr Suckut vorgegeben hat.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Ich werde mich bemühen, auf die allerwichtigsten Fragen zu antworten. Es ist eine Menge; ich weiß gar nicht, ob ich noch alles zusammenkriege.

Ich meine, schon die Chance, einer anderen als der führenden Partei beitreten zu können, war im Ansatz auch ein Stück Distanz, immer unter dem Verhältnis gesehen, daß der reale Sozialismus weiter hätte bestehen müssen, sollen, dürfen. Ich habe ganz deutlich am Schluß gesagt: Das deutlichere Anzeichen wäre die Totalverweigerung gewesen. Aus damaliger Sicht halte ich einen Eintritt in eine Blockpartei nicht für eine Widerstandshandlung, aber nun auch nicht für blanken Opportunismus.

Man hatte nachweislich in den Blockparteien innerparteilich, im innerparteilichen Leben eine größere Bandbreite, sich persönlich politisch, kommunalpolitisch einzubringen. Das kann nachgewiesen werden. Auch gab es da Opposition im Wartestand. Auch gab es Opposition im Hinblick darauf – es gibt auch Belege, ich kann sie Ihnen nennen –, es gab auch ein Hoffen darauf, wie in der Demokratischen Partei in Polen nach 1981 und in der Sozialdemokratischen oder der damaligen Volkspartei in der CSSR nach 1968 Demokratie wieder erlebbar gemacht wurde. Man hoffte auch auf die befreundeten Parteien in den realsozialistischen Ländern, die sich sofort, als der Umbruch kam, 1981, 1968 –

(Widerspruch des Abg. Poppe (BÜNDNIS 90/DIER GRÜNEN))

– Sicher, ich mache ja die Blockparteien nicht zur Widerstandsbewegung oder zum Neuen Forum. Ich sage nur: Aus den Blockparteien sind auch eine Menge ins Neue Forum gegangen.

(Zuruf: Auch aus der SED!)

– Ja, gut, Sie wollen die Unterschiede betonen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es wirklich sinnvoll ist, durch Zwischenfragen Aspekte zu

vertiefen, meine ich, daß wir für das Protokoll dies ganz formell mit Meldung und Mikrofon machen.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Die Unterschiede zwischen SED und Blockparteien: Ich habe in dem Referat erwähnt, daß man immer zwischen Basis und Führung unterscheiden muß. Ich habe darin auch geschrieben, daß in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die Distanz von Mitgliedern der Blockparteien und SED-Mitgliedern zu ihren jeweiligen Parteiführungen nachließ. Das ist also gleich.

Die Intensität, sich an demokratische Gepflogenheiten zu erinnern, war aber zumindest in den klassischen Blockparteien CDU und LDPD größer als in allen anderen Parteien einschließlich der SED. In der SED hat man sich vielleicht an die sozialdemokratische Phase zu Anfang erinnert. Es gibt eine demokratische Phase in der LDPD und der CDU, die – das ist ja wohl unstrittig – zwischen 1945 und 1948/49 versucht haben, das Mögliche zu machen. Und daran hat sich ein Teil der älteren Mitglieder, auch die Jüngeren erinnert. Die hatten schon ein bißchen demokratische Traditionen, die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wieder aufgelebt sind.

Ich meine, das Mitmachen, ohne Kommunist werden zu müssen, ohne sich inhaltlich auf den Marxismus-Leninismus in jeder theoretischen Verästelung einzulassen, war schon ein Anreiz, in diese Parteien zu gehen.

Es kam die Frage nach der Sicherheit vor ideologischen Nachstellungen. Hier meine ich z. B. die Lehrer, die das Glück hatten, wenn sie in der CDU oder in der LDPD waren, nicht diese ziemlich furchterregenden Parteiversammlungen in der örtlichen Schule mitmachen zu müssen. Sie konnten sich, wenn es zur Sache ging, entziehen, sie mußten nicht teilnehmen!

(Abg. Frau Fischer (SPD): Nein, nein! Das stimmt nicht!)

– Parteiversammlungen der SED – Teilnahme von Blockparteimitgliedern? Sie mußten nicht teilnehmen.

(Abg. Dr. Schmieder, (F.D.P.), an die Abg. Evelin Fischer gewandt: So ein Blödsinn! Hören Sie doch erst mal zu, bevor Sie solchen Mist erzählen!)

– Ja, das ist vielleicht strittig. Ich will...

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Also, Herr Kollege Schmieder, ich hatte einen Weg vorgeschlagen, wie wir – vertieft durch Zwischenfragen – auf die Ausführungen von Herrn Dr. Lapp eingehen können. Wir sollten uns an dieses Verfahren gewöhnen. Zur Erleichterung der Seele einen kurzen Zwischenruf kann man auch so machen!

Dr. Peter-Joachim Lapp: Zur Frage „Stellvertreterpartei“. Das ist natürlich überspitzt und verkürzt formuliert und wird theoretischen Ansprüchen nicht gerecht. Aber wenn ich einer Stellvertreterpartei beitrete, bin ich natürlich auch nie in dem Sinne mitschuldig wie die Hauptverursacher. Auch das mag ein Anreiz gewesen sein.

Herr Poppe meinte, der Oberbürgermeister von Weimar sei in der CDU gewesen. Der war immer in der CDU – das war ein Abonnementsposten für die DDR-CDU; das ist mir bekannt. Sagen Sie mir irgendeinen anderen Oberbürgermeister in der ehemaligen DDR, der in der CDU war! Sagen Sie mir einen Offizier, einen General!

(Zuruf: Bürgermeister gab es!)

– Ja, Stellvertreter. – Es gab keine, von kleineren Städten abgesehen. Ich habe mich wirklich intensiv damit beschäftigt.

Sagen Sie mir einen General oder einen aktiven Offizier – keinen Reserveoffizier! –, der in den Blockparteien war! Das hat doch alles Gründe. Die Blockparteimitglieder sind systematisch aus dem Schutz- und Sicherheitsbereich der DDR herausgehalten worden. Die SED hat sie nämlich zurückhaltender als die eigenen Genossen beurteilt, weil sie in dieser anderen Partei waren. Das ist ein ganz wichtiger Grund.

Und denken Sie auch an die Reduzierung der Leiterpositionen von Blockpartei-funktionären von den fünfziger Jahren auf die achtziger Jahre! Drastische Reduzierung, bis zu 80%! Auch das muß Gründe haben. Wenn die alle im Sinne der SED so zuverlässig waren, hätten sie doch mehr Leiterpositionen haben müssen, um die Christen, die ja in ihrer großen Mehrheit nicht organisiert waren, in die CDU zu ziehen und dann die Transmission über die DDR zu haben. Die SED hat sich doch damit letztlich selber geschadet.

Dissidentenpotential: Herr Weisskirchen, da kann man sicher nur über den Daumen vermuten. Die unglaublich rasche Umkehr nach dem Sonderparteitag oder überhaupt nach den außerordentlichen Parteitagen in den Blockparteien, das rasche Kippen zumindest der klassischen Blockparteien CDU und LDPD, das Annagen der Führung schon im September/Oktober, auch von Manfred Gerlach, die Belege dafür – Ich habe mich mit dieser Person etwas intensiver beschäftigt: Er hat 1987 eine Rede vor der Ortsgruppe in Chemnitz, damals noch Karl-Marx-Stadt, gehalten, in der er eine Art von Pluralismus in der DDR eingefordert hat.

Herr Mitter, Sie meinen ja, daß ich im theoretischen Organ des ZK der SED, „Einheit“, zu finden gewesen sei. Ich glaube, das geht nicht in Ordnung. Dieses Buch ist 1988 geschrieben worden, und die haben nicht darauf reagiert.

Kontingentierung der Mitglieder. Es ist mir am Rande von Blockparteien – ich habe alle Blockparteitage besucht und auch den letzten offiziellen der SED – von Mitgliedern und Funktionären gesagt worden, daß zeitweise die Neuaufnahme von Mitgliedern vor Ort mit der örtlichen SED-Leitung abgesprochen werden mußte. Es gab sogar Anfang der sechziger Jahre – Herr Suckut hat mir das eben bestätigt – einen generellen Aufnahmestopp, und es scheint Anfang der siebziger Jahre noch einmal einen gegeben zu haben.

Anfang der sechziger Jahre, nach dem Mauerbau: Das sagt Änderungen

in der Bündnispolitik der herrschenden Marxisten-Leninisten aus. Als die Mauer da war, meinte man – das ist bei Herrn Suckut angeklungen –, unter der Richtung der „relativ eigenständigen Formation des Sozialismus“, der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ sei die Gleichheit aller Klassen und Schichten in der DDR beim Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse Ende 1962 hergestellt und man könne auf Interessenvertreter anderer Klassen und Schichten verzichten.

Die Akzeptanz der führenden SED, andere Klassen und Schichten nach wie vor zu haben, macht automatisch – auch von der SED theoretisch so gesehen – die Blockparteien und auch andere Interessenartikulation ja notwendig. Denn man hat ihnen ja im Bereich der Handwerker- und Gewerbepolitik – Herr Suckut hat es angesprochen – den Vortritt gelassen, wenigstens Vorschläge zu machen. Und die Herren und Damen von der führenden Partei haben ja vor ihren Parteitag Riesensmappen der Blockparteien mit Vorschlägen bekommen. Da stand alles drin; das war abweichend von SED-Politik. Und heute wissen wir, daß dann der Herrmann, der für die Blockparteien zuständig war, gesagt hat: Wir haben kein Geld; wir können es nicht machen.

Es war ihnen aber auch theoretisch zuwider, Vorschläge der Blockparteien aufzugreifen, weil die führende Rolle hätte beschädigt werden können. Auch daß die Blockparteileute, zumindest Gerlach, immer gefordert haben, zumindest in den Medien stärker berücksichtigt zu werden, ist ja alles weggebügelt worden. Das muß doch Gründe haben. Wenn die alle so furchtbar angepaßt, alles Blockflöten gewesen wären, wie das hier immer wieder auftaucht, dann hätte das doch gar nicht gemacht zu werden brauchen.

Bitte, unterscheiden Sie immer zwischen Mitgliedschaft und Führung! Die Führung war durchweg korrupt.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Ich wollte Sie nur fragen, Herr Dr. Lapp, warum dann, wenn das alles so stimmt, wie Sie es sagen, die CDU nicht verboten worden ist.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Wissen Sie, wenn man ein sozialistisches Mehrparteiensystem hat, und man nagt daran herum – – Es wurde daran herumgenagt; die Existenz der NDPD und der DBD war zeitweise wirklich mehr in Frage gestellt als die der klassischen Blockparteien, weil sie ihr Ziel, die Ehemaligen zu integrieren, erreicht hatten; die waren ja auch weggestorben, die besonderen Zielgruppen waren nicht mehr da. Die DBD war eigentlich dadurch überflüssig geworden, daß ein Teil der Genossenschaftsbauern, die fortschrittlichen, in der SED waren, die anderen in anderen Blockparteien, und die Mehrheit wurde über die VdgB reaktiviert, die als Massenorganisation belebt wurde. Die DBD und die NDPD waren eigentlich hinfällig geworden. Viele bei uns haben gedacht: Vielleicht kippen sie. Aber ein Verbot hätte im politischen System automatisch zu der Frage geführt, warum das notwendig ist.

Die haben ja keine Parteiprogramme in dem Sinne mehr gehabt. Es hat sie

gegeben, aber wenn man danach fragte, hieß es: Sie sind stillgelegt. Es gab sie noch; sie sind nie richtig außer Kraft gesetzt worden, etwa durch einen besonderen Akt. Es gab Parteisatzungen und -statuten, und überall stand drin: Führungsanspruch der Marxisten-Leninisten oder der SED wird anerkannt. Warum sollten sie, wenn es in den Statuten und Satzungen drinstand, die Parteien verbieten? Es waren insgesamt keine Oppositionsparteien.

Ich meinte, das wäre deutlich geworden.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Frau Kollegin Fischer zu einer kurzen Zusatzfrage.

Abg. Frau Fischer (SPD): Herr Dr. Lapp, ich kann es nicht so stehen lassen, daß Mitglieder einer Blockpartei nur deswegen in die Blockpartei gegangen sind, damit sie nicht an diesen Parteiversammlungen der SED in Betrieben und Schulen teilzunehmen brauchten. Es waren keine Parteiversammlungen – in dem Sinne haben Sie recht. Es nannte sich politische Weiterbildung. Seit 1968, nach Einführung des „Einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ in der DDR, mußten alle Lehrer an diesen politischen Weiterbildungen teilnehmen, ob sie Mitglied einer Blockpartei waren oder nicht. Ich kann das nicht so stehen lassen, Herr Schmieder. Danke.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Es bezog sich auf die Parteiversammlungen, nicht auf die Weiterbildung. Das akzeptiere ich.

Abg. Meckel (SPD): Eine kurze Nachbemerkung. Ich stimme Ihnen in der Gesamteinschätzung zu, daß man wirklich sagen muß: Die Menschen in der DDR – das schließt die in den Blockparteien ein – sind keinen Deut besser und schlechter als die im Westen Deutschlands. Daran sollte man festhalten, dies sollte man sehen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist nicht zu Helden geboren. Dies ist auch klar.

Aber in bezug auf die Einschätzung der Blockparteien gilt natürlich auch, daß man nach dem Besonderen der Mitglieder im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung fragen muß. Und da halte ich das, was Herr Suckut als Beschreibung dessen, was war, gegeben hat, für zutreffender.

Wenn Sie von der Frage des Mitschuldigen als Stellvertreter sprechen, stimme ich Ihnen zu. Das war typisch DDR – nicht an der Spitze, sondern mitmachend, als Stellvertreter. Die Alternative ist doch aber in dieser Frage nicht die SED gewesen, sondern die Alternative war, parteilos zu sein.

Nächste Bemerkung in bezug auf die SED. Ich denke, man kann in bezug auf die Geschichte – (Unruhe bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Herr Meckel, lassen Sie mich etwas erklären, weil es auf dieser Seite des Hauses Proteste gibt.

Herr Eppelmann hat allgemein eingeführt. Dann sagten wir, als das Pressegespräch nach hinten verschoben wurde mit der Maßgabe, daß das Thema möglicherweise durch die Fragen und Antworten erschöpfend behandelt wird,

daß Herr Meckel noch die Möglichkeit zu einer Bemerkung hat. Wenn sich jetzt Herr Poppe meldet, kann natürlich auch die CDU/CSU noch eine abschließende Bemerkung machen. (Zuruf: Wir haben noch andere Gäste, die wir hören wollen! – Unruhe) – Ich weiß. Aber es sind Redner ausgefallen, und ich meine, wir haben Interesse daran, dieses sicherlich schwierige und für Teile auch sehr sensible Kapitel so zu behandeln, daß man auch einmal seinem Herzen Luft verschaffen kann. Das heißt natürlich auch, daß alle Seiten berücksichtigt werden; und bei der Rednerliste war das durchaus gewährleistet: Diese Seite hatte acht Fragen, und diese hatte sieben.

Ich bitte, Herr Meckel, fortzufahren, möglichst kurz; dann Herr Poppe. Dann gebe ich noch einmal dieser Seite das Wort.

Abg. Meckel (SPD): Ich glaube, im Gegensatz zu dem, was Sie dargestellt haben, daß es in der Geschichte innerhalb der SED mehr Dissidenz als in den Blockparteien gegeben hat, daß man nicht nur im Kopf oder am Biertisch anders dachte, sondern versuchte, anders zu handeln. Ich möchte fragen, ob Sie dem zustimmen.

Letzte Bemerkung. Lag die Zurückhaltung gegenüber der CDU durch die SED an dem besonderen Denken der CDU-Mitglieder oder daran, daß es eine eigene Struktur war, die dann natürlich hätte unmittelbar politisch werden können? Das war ja dann 1990 eine besondere Chance – durch Zeitungen, Mitgliedschaft, Häuser und dergleichen.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Herr Meckel, zum ersten: Okay, die Gruppen in der SED, die Widerstandsgruppen – das war ja richtiger Widerstand – gingen in den Knast dafür. Das ist klar. Daß in der SED auf Grund ihrer Größe – 2,3 Millionen Mitglieder und Kandidaten wohl zuletzt – der Sozialdemokratismus das Erinnern an demokratische Traditionen verbreiteter war als vergleichsweise in den Blockparteien, das mag sogar sein. Der Sozialdemokratismus wurde ja auch beschimpft.

Wie war die zweite Frage, bitte?

Abg. Meckel (SPD): Es ging um Dissidenz, nicht um Sozialdemokratismus; d. h. darum, daß es Leute, auch Kommunisten, die anders gehandelt haben, eher in der SED gab, als es wirklich anders Handelnde, die damit etwas riskierten, in den Blockparteien gab. (Karl Wilhelm Fricke: Unsinn!)

Dr. Peter Joachim Lapp: Vielleicht kann Herr Fricke eher darauf antworten.

Wenn ich die Widerstandshandlungen in der SED sehe oder das Sichwehren in den Parteigruppen, kann ich das nachvollziehen. (Zuruf: Herrn Harich?)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Ich bitte, solche Bemerkungen und Gedankenstriche jetzt zurückzustellen und sich wirklich auf eine abschließende Wertung zu orientieren. Jetzt haben das Wort Herr Poppe und Frau Wilms.

Abg. Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich mache eine kurze Bemerkung zu der anderen Seite des Tisches. Es ist wirklich wichtig, aufzuklären und das so schnell wie möglich über die Bühne zu bekommen und abzuholen, sozusagen die Kuh vom Eis zu kriegen. (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es geht auch gar nicht um Schuldzuweisung, wenn wir hier sehr kritische Fragen stellen, sondern darum, die Strukturen und Mechanismen zu klären. Und wir sind damit nicht zufrieden, in welcher Weise das heute geschehen ist.

Ich habe noch einmal zwei Rückfragen an Herrn Suckut und Herrn Lapp. Es ging hier z. B. um Vorschläge der Blockparteien, insbesondere der CDU und der LDP, um Personalvorschläge und inhaltliche Vorschläge, die dann an die SED gegangen sind. Bei den Personaldingen seien es eigene Vorschläge gewesen, die nur noch bestätigt worden seien. Da wird eine gewisse Eigenständigkeit unterstellt.

Meinen Sie nicht eher, daß diese Vorschläge zunehmend gar nicht mehr kritisiert oder verändert werden mußten, d. h. nur bestätigt werden mußten, weil sie tatsächlich so weitgehend im Sinne der SED, im Sinne eines vorausseilenden Gehorsams formuliert waren, daß es von seiten der SED gar nicht mehr notwendig war, sich mit den Dingen, die von den Blockparteien kamen, etwas schärfer auseinanderzusetzen?

Ich erwähnte vorhin schon mal die Zeitungen. Das hat im Laufe der Jahre nachgelassen, weil tatsächlich das Maß an Selbstzensur, das die Redakteure aus den Blockparteien hatten, es gar nicht mehr notwendig machte, die Kontrolle wirklich noch so massiv auszuüben, wie das vielleicht in den frühen Zeiten geschehen ist. Zu diesem Aspekt, daß eine echte Partizipation dieser Parteien tatsächlich vorhanden war, aber auch Unzufriedenheit damit, daß ihr Einfluß nicht groß genug war, daß aber vom Grundsatz her der Unterschied zu dem, was von der SED kam, nicht so groß war, ist mir von Ihnen zu wenig gesagt worden.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Zu den Vorschlägen, die vor allem aus der CDU und der LDPD kamen und auch im Vorfeld von SED-Parteitag erwünscht waren. Das waren sachliche, wirtschaftliche und kulturelle Vorschläge. Nun kann man auch generell sagen, und man sollte es hier tun: Die führende SED war darauf aus, jedenfalls Teilbereiche der Blockparteien zu Berufsgruppenvertretungen herabzustufen. Sie wollten zuerst Vorschläge in Bereichen, wo die Blockparteien vor allem zu Hause sind, im Bereich Handwerks- oder Gewerbepolitik.

Bei den Personalvorschlägen gab es zumindest alternative Personalangebote. Also: ich biete dir, Abteilung Befreundete Parteien beim Zentralkomitee der SED, den oder den Vorsitzendenkandidaten an. So etwas gab es wohl auch auf Bezirks- und Kreisebene. Aber daß die SED das letzte Entscheidungsrecht

hatte, ja, sogar das Alleinentscheidungsrecht, wer Parteivorsitzender wurde, war und blieb, das ist unstrittig.

Daß die Zeitungen vom Presseamt beim Ministerpräsidenten geführt wurden, weiß ich als Journalist ganz gut, und auch, daß sie, außer vielleicht der „Neuen Zeit“ oder dem „Morgen“, wenn man zwischen den Zeilen lesen konnte, kaum eine Abweichung enthielten. Ich habe sie über Jahrzehnte gelesen, und der „Morgen“ hatte zwischen den Zeilen Abweichungen, auch die „Neue Zeit“; die „Nationalzeitung“ eigentlich nie, und dieses schreckliche Blatt „Bauernecho“ von der DBD war schlicht nur langweilig.

Dr. Siegfried Suckut: Zu den Vorschlägen der Blockparteien. Es ist inhaltlich durchaus nicht nur voreuseilender Gehorsam; manchmal ist es das, etwa 1972, als es um die Umwandlung der halbstaatlichen und noch verbliebenen Privatbetriebe in staatliche geht. Da scheinen sich die Blockparteien geradezu übertreffen zu wollen mit einer Politik, von der die SED so noch gar nicht überzeugt ist; aber sie gerät dann ein wenig in den Sog dieser Aktivitäten, und da will die eine die andere übertreffen.

Das hat es gegeben. Aber wenn man sich die vorliegenden Materialien der Parteien anschaut, die etwa zur Verabschiedung der Verfassung 1968 oder auch zu den unterschiedlichen SED-Programmen vorgelegt wurden, dann waren das in hohem Maße Punkte, in denen man im weitesten Sinne auch von Interessenvertretung sprechen kann. Das heißt, sie überlegten: Wie können wir denn die noch verbliebenen privaten Handwerker besser in das Plansystem integrieren? Und dergleichen mehr.

Da gab es auch Unterschiede. Nach meinem Eindruck neigte die NDPD dazu, solche Vorschläge zu unterbreiten, die den Privaten eher schaden, die etwa darauf hinausliefen, das Steuersystem so zu ändern, daß möglichst viele gezwungen waren, ihre Eigenständigkeit aufzugeben. Aber die LDPD vertritt oft schon solche Interessen und hat dem Anschein nach auch ein organisatorisches Eigeninteresse, diese Klientel nicht zu verlieren.

In der Regel bekommen sie dann Auskünfte, das sei von der SED ohnehin schon auf den Weg gebracht oder es sei nicht zu verwirklichen, da kein Geld da sei oder spezifische Interessen vor die der Allgemeinheit gestellt würden.

Zu der Frage, ob bei personellen Entscheidungen auch voreuseilender Gehorsam vorhanden war. Sicherlich hat es das in hohem Maße gegeben, aber mein Eindruck ist, daß es in den siebziger und achtziger Jahren in der Regel Kandidaten waren, die sich politisch so sehr gar nicht unterschieden. So hatte die Frage, ob voreuseilender Gehorsam vorliegt oder nicht, ob die SED letzten Endes hier ein Bestimmungsrecht hat oder nicht, relativ an Bedeutung verloren. Es gab, soweit ich sehe, nur selten Situationen, daß es die Blockparteien da auf Konflikte anlegten. Ich habe aber nicht so einen umfassenden Überblick, daß ich nun sagen könnte: Das war so oder so. Es ist durchaus auch glaubhaft, wenn ehemalige Kreisvorsitzende sagen: Da haben wir die und die

Entscheidung getroffen, und der SED-Kreissekretär oder Bezirkssekretär war dagegen; aber wir sind dageblieben.

Natürlich muß man immer sehen, wie wichtig diese Dinge waren; aber es ist keineswegs so, daß sie nur in vorseilendem Gehorsam das vorwegnahmen, was die SED dann wohl ohnehin moniert hätte.

Selbstzensur der Zeitungen. Nach meinem Eindruck ist da dieser vorseilende Gehorsam am extremsten verbreitet gewesen. Dennoch gab es ab und an Kleinigkeiten, daß etwa in der „Neuen Zeit“ für ein Jazzkonzert in einer Kirche geworben wurde. An so etwas erinnere ich mich: Das ging bis ins Politbüro. Als die „Neue Zeit“ einen Leserbrief von Erhard Eppler bekam, durfte ihn nur Joachim Herrmann persönlich beantworten. Das heißt, er schrieb ihn mit drei Sätzen vor, und der Chefredakteur setzte noch seinen Namen darunter, als sei es seine eigene Entscheidung gewesen. Da merkt man diese Abhängigkeit ganz stark. Aber auf unterer Ebene und wenn es ganz generell um personelle Entscheidungen ging, war da zunächst einmal ein Vorbestimmungsrecht, ein Vorentscheidungsrecht der Blockparteien vorhanden, jedenfalls von den sechziger Jahren an.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Danke, Herr Suckut.

Jetzt folgende geschäftsleitende Bemerkung. Wir haben die Zeit in der Tat sehr stark überzogen. Das Pressegespräch hat sich nach meiner Meinung und der Meinung des Vorsitzenden erledigt. Wenn die einzelnen Gruppierungen noch die Notwendigkeit sehen, bestimmte Stellungnahmen zu veröffentlichen, haben sie immer die Gelegenheit.

Ich habe jetzt noch drei Wortmeldungen, die sicherlich auch noch mit Fragen verbunden sind, und zwar von Frau Wilms, Frau Wisnieswki und Herrn Hansen. Dann habe ich noch die Fragen an Herrn Hertle aufzurufen. Das gebietet, daß wir ohne Pause weiter verhandeln, damit wir einigermaßen im Zeitlimit bleiben.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Ich hoffe nur, daß unsere anderen Gäste nachher noch genügend Zeit für ihre Darlegungen haben. Ich würde es bedauern, wenn durch die Zeitverschiebung die anderen nicht richtig zu Wort kämen.

Mir wäre es lieb, wenn von den Herren Suckut und Lapp auch noch einmal sehr deutlich herausgearbeitet würde, daß die Situation der Mitglieder der Blockparteien in den einzelnen historischen Phasen der SBZ/DDR offensichtlich höchst unterschiedlich war. Wir haben in einer der vorigen Anhörungen sehr sorgfältig herausgearbeitet, daß die CDU und die LDPD einen höchst demokratischen Ursprung haben und nachher von der SED eingesackt wurden. Dann hat es phasenartig Entwicklungen gegeben; und es ist wichtig zu sehen, daß es auch in der letzten Phase noch Entwicklungen gegeben hat.

Mir scheint, daß die letzten Fragen, die von den Kollegen auf der anderen Seite gestellt worden sind, zu sehr auf nur eine Phase, nämlich auf die siebziger und den Anfang der achtziger Jahre der DDR, gezielt haben. Deshalb wäre ich dankbar, wenn von den beiden Referenten diese Zeitphasen der Entwicklung etwas deutlicher betont würden. Ich glaube, daß das auch für das Protokoll wichtig ist.

Im übrigen lege ich noch einmal auf die Feststellung wert, daß die Christlich-Demokratische Union der Altbundesrepublik mit keiner der sogenannten Parteien in der DDR Kontakte gehabt hat. Das unterscheidet sie, denke ich, wohlthuend von der anderen großen Volkspartei.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Jetzt ist folgende Frage: Wenn Sie einverstanden sind, Frau Wisniewski und Herr Hansen, schließen wir die beiden Bemerkungen noch an, und dann antworten noch einmal die beiden angesprochenen Herren. Dann kommt Herr Hertle.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Die Differenzierung nach der Zeit scheint mir sehr notwendig. Mich interessiert vor allem auch die These – ich richte die Frage an Herrn Lapp –, daß es zur Theorie der DDR gehörte, daß andere Klassen und Schichten als die SED-Angehörigen nicht nur geduldet, sondern, wenn ich es richtig verstanden habe, sogar sehr bewußt erhalten werden mußten. Was das auch in allen Phasen so? Konnte man vielleicht ein zukünftiges Ziel sehen, das ja doch gemäß der Theorie darauf hinstreben sollte, dann eine einheitliche Klasse herbeizuführen? War insofern der Unterschied zwischen real existierendem Sozialismus und Kommunismus hier irgendwie festzumachen?

Abg. Hansen (F.D.P.): Ich möchte noch einmal zu uns selber etwas sagen, dazu, wie wir uns selber hier verstehen. Ich habe ja Verständnis dafür, daß Emotionen hochgehen, Frau Fischer und Frau Barbe, ganz besonders bei Ihnen, pars pro toto, nicht persönlich, sondern weil Sie eben unter dem System gelitten haben. So meine ich es. (Abg. Frau Fischer (SPD): Ich habe nicht gesagt, daß jemand spinnt! Das kam von da drüben!)

Die Frage an uns als Enquete-Kommission ist: Wie ist unser Selbstverständnis? Wie erreichen wir eine Auseinandersetzung über dieses Thema, die gewollt ist und die natürlich Emotionen freimacht, mit Menschen, die darunter gelebt oder gelitten haben, an führender oder an leitender Stelle, im Zuge des kommenden Jahres? Ich habe große Sorge – ich möchte das hier deutlich öffentlich sagen: Wenn wir als Enquete-Kommission, die wir ja nicht ein Gericht, ein Tribunal oder ähnliches sind, mit einem historisch-wissenschaftlichen Ansatz dazu beitragen würden, vielleicht am Beispiel des heutigen Vormittags, daß wir demnächst keine Chance mehr haben, zu anderen Themen und Fragestellungen wissenschaftlich objektivierende Beiträge oder subjektive Zeitzeugenaussagen zu erhalten, dann haben wir uns gewissermaßen selbst lahmgelegt.

Das leitet über zu einer Frage an Herrn Suckut und Herrn Lapp: Wie ist bei

Ihren Untersuchungen der Stellenwert dessen, was Zeitzeugen, beispielsweise Kreisvorsitzende der einen oder anderen Blockpartei, nach dem subjektiven Empfinden ihrer eigenen Rolle in der und der Zeit, aussagen? Und wie ordnen Sie diese subjektiven politischen Selbsteinschätzungen in das nur schwierig zu objektivierende generelle Geschehen ein? Von daher ist ein Urteil abzuleiten mit dem Aufruf, zu differenzieren und nicht zu pauschalisieren, ist der Versuch zu machen, nicht nur phasenverschoben innerhalb von 40 Jahren zumeist unterschiedlicher Entwicklung, sondern auch regional und parteilich bedingt zu urteilen.

Meine letzte Bemerkung schließt sich an das an, was Frau Dr. Wilms gesagt hat. Ich finde, es ist im Sinne von Bekenntnisablegen nicht notwendig zu sagen, wie man sich selber als Partei gegenüber Blockparteien der vergangenen 40 Jahre verhalten hat. Sonst müßte ich eigentlich sagen, ich habe es immer für richtig gehalten, Kontakte aufzunehmen, zu halten und zu pflegen und nicht sich abzublocken, gewissermaßen auch vom Westen her Mauern zu errichten, sich nach dem Motto abzugrenzen: Dann bin ich jedenfalls auf der moralisch richtigen Seite. Es ist immer richtig gewesen, das Gespräch zu suchen; manchmal sind die Ergebnisse allerdings nicht so erfreulich gewesen; das ist richtig. Das ist dann gewissermaßen der Normalfall des Alltags.

Wir sollten als Enquete-Kommission, wenn wir das nächste Jahr ein bißchen vorausschauend vor uns sehen, selber den Versuch machen – bei allem Verständnis für das Aufschäumen –, nicht nur zurückhaltend Fragen zu stellen, sondern die Kuh aufs Eis zu bringen, Herr Poppe, und überhaupt nicht anderen unterschieben zu wollen, hier solle eine Kuh möglichst schnell vom Eis geholt werden. Nein, die Kuh ist ganz bewußt und ausdrücklich, gewollt und abgestimmt aufs Eis gestellt worden, und sie wird dort noch weiter stehen. Wenn ich das richtig sehe, sind Wissenschaftler nicht als Weißwäscher eingeladen worden, sondern als diejenigen, die ihre Meinung hier präsentieren. Und das ist wiederum ein Teil eines gesamten Diskussionsprozesses.

Wenn wir das so begreifen, Frau Fischer, Frau Barbe und andere, wäre unsere Rolle viel gemäßer beschrieben.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Bitte, Herr Suckut, Herr Lapp; und dann hören wir noch Herrn Hertle mit seiner Antwort.

Dr. Siegfried Suckut: Zu Frau Wilms und der Frage nach der Veränderung der Funktion dieser Parteien im historischen Längsschnitt. Solche Phasen kann man sicher sehr gut unterscheiden. Bis 1949 kann man sagen, daß es noch weithin selbständige Parteien waren. Ab 1948 setzt der Prozeß ein, daß sie immer stärker gedrängt werden, sich zur SED-Politik zu bekennen und letztlich dann auch die Funktion einer Bündnisorganisation zu übernehmen. Wenn man eine ungefähre Einteilung vornehmen wollte, könnte man sagen: Bis 1949/50, konkret bis zur ersten Volkskammerwahl mit Einheitslisten, waren sie noch relativ selbständige Organisationen, konnten auch in erheblichem Maße

politisch-programmatisch Eigenständiges vertreten und zu Papier bringen. Das ändert sich nicht schlagartig, aber dann doch endgültig ab 1952, wo sie diese Funktion als „Blockparteien“ nach und nach übernehmen.

Es ist eine Zeit, in der ja noch vieles offen ist und in der die Offenheit dieser Rahmenbedingungen auch die Funktion dieser Parteien offenläßt. Offen ist die sowjetische Deutschlandpolitik in diesen ersten Jahren, wofür sie sich entscheiden wird, ob und wie die nationale Frage gelöst werden kann. Offen ist für dieses Modell DDR, wie der Sozialismus sich entwickeln können – Stichwort 17. Juni. Offen ist, wie das gesamte sozialistische Lager in der Systemauseinandersetzung wohl abschneiden wird. Und wir haben es zudem mit Mitgliedern zu tun, die nur allmählich die Partei verlassen. Die allermeisten verharren ja zunächst, nur wenige neue kommen hinzu. Das heißt, auch das ist ein Faktor, der die Funktionalisierung dieser Organisationen mit beeinflußt. Die Älteren bleiben, und sie sind überwiegend in den Jahren der Weimarer Republik sozialisiert. Sie von den Vorteilen des Sozialismus zu überzeugen ist ganz schwer.

Nach dem Mauerbau ändert sich da einiges. Da haben auch diese Parteien aus der Sicht der SED eine insofern ganz andere Funktion, als deutlich herauszulesen ist, daß nun die Einheitspartei davon ausgeht, man würde sie ja eigentlich schon bald nicht mehr brauchen, und dementsprechend wäre Mitgliederwerbung dysfunktional. Sie werben dann trotzdem, aber das geschieht schon in einem Bereich und in einer Weise, die man als von der SED eigentlich nicht voll toleriert bezeichnen könnte.

In den siebziger und achtziger Jahren sind sie dann wichtige Bündnispartner, weil man sieht: Dieser Sozialismus wird sich nicht so rasch als sieghafte und dem westlichen Gegenmodell so deutlich überlegene Gesellschaftsordnung erweisen; wir müssen uns hier auf sehr lange Fristen und auf sehr viele Widersprüche, auch sozialer Art, einrichten. Da sind uns diese Parteien sehr willkommen, speziell, wenn man auf die Entwicklung der übrigen sozialistischen Staaten schaut.

Sie waren zum Schluß eindeutig Organisationen, die sich daran gewöhnt hatten – auch ihre Mitglieder –, das zu tun, was andere von ihnen verlangten. Sie waren nicht Organisationen, in denen nun große, neue Konzeptionen angedacht worden wären. Das war ganz klar: Ein veränderter Sozialismus, eine ganz andere DDR-Politik, ein ganz anderer Staat – solche Überlegungen und solche Programme waren von den Blockparteien nicht zu erwarten. Wenn man sich den Herbst 1989 anschaut, haben sie weithin erst einmal widerwillig auf den Machtverfall der SED reagiert und waren keineswegs euphorisch, daß sie nun Eigenständigkeit gewonnen hatten und sozusagen endlich mal verwirklichen konnten, was sie dachten.

Kurzum, diese historische Periodisierung, diese grundsätzliche Unterscheidung halte ich in der Tat für wichtig. Das ist auf einer der letzten Blocksitzungen

auch betont worden. In den vierziger Jahren waren das halt noch keine Blockparteien im späteren Sinne. Das war ein langer Prozeß der Unterordnung, der Anpassung, manchmal auch der massiven Intervention der Sowjetischen Militäradministration. Da sind gravierende Unterschiede zu machen.

Die Hoffnung, etwa auch mal wieder nach konkurrierenden Listen abstimmen zu können, war in den fünfziger Jahren zu jedem Wahltermin vorhanden, wurde innerparteilich diskutiert.

Zur Frage des quellenkritischen Vorgehens. Ich meine, man muß, wenn man über die Geschichte dieser Parteien etwas sagen will, unbedingt auch diejenigen hören, die damals Mitglieder waren und vielleicht damals sogar Funktionsträger gewesen sind. Man muß es mit der üblichen Zurückhaltung, mit dem üblichen Maß an Quellenkritik tun, wohl wissend, daß da jemand spricht, der nun auch seine eigene Biographie zu vertreten hat und der möglicherweise auch ein ganz persönliches Interesse hat, das, was er damals getan hat, eher positiver zu sehen und – Sie sprachen vom Weißwaschen – in dieser Richtung zu argumentieren. Aber das ist für einen Zeithistoriker eigentlich ein ganz normaler Fall. Es darf überhaupt nicht daran hindern, das intensiv zu betreiben.

Es wird ja auch hier und da schon mit kleineren Konferenzen versucht, zu denen ehemalige Mitglieder eingeladen werden. Das muß, so meine ich, auch weiterhin so geschehen. Jeder, der über die Geschichte dieser Parteien etwas Grundlegendes zu Papier bringen will, muß auch mit Zeitzeugen gesprochen haben. Das ist ein sehr wichtiges Kontrastmaterial. Es ist längst nicht alles in den Akten! Sehr vieles ist halt nicht zu Papier gebracht worden. Rein quantitativ ist es eindeutig: Was die Abteilung Befreundete Parteien der SED an Akten hinterlassen hat, kann nun wirklich längst nicht alles gewesen sein. Das muß man auch sehen. Andererseits sind darunter auch Dokumente, bei denen man präzise nachvollziehen kann, wie welcher Beschluß gefaßt worden ist. Und dann ist man nicht mehr auf subjektives Erinnerungsvermögen angewiesen. Vielen Dank.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Zur Frage der Theorie der führenden Partei über Klassen und Schichten. Es hat infolge dieser Theorie Schwankungen in der Bündnispolitik in allen diesen 40 Jahren DDR gegeben. Von Anfang an war es ja so, Herr Suckut hat es gesagt: Die NDPD und die DBD waren von vornherein Retortenprodukte der Kommunisten, die stolz darauf waren, die Führungsrolle der SED von Anfang an akzeptiert zu haben. Während die anderen, LDPD und CDU, noch darum kämpften, ihre demokratischen Reste zu wahren, waren die längst von oben angepaßt.

Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse 1962, wie es damals hieß, und dem Eintritt in die Ulbrichtsche Harmonielehre von der relativ selbständigen Formation des Sozialismus und der sozialistischen Menschengemeinschaft wurden natürlich von der Theorie her die Bündnispartner, die

Vertreter der anderen Klassen und Schichten, unwichtiger. Man meinte, in einem sozialistischen Einheitsbrei, wenn ich das so verkürzt sagen kann, aufgehen zu sollen, zu müssen, zu können.

Mit dem Machtantritt von Erich Honecker – wenn man das mit 1971 terminieren möchte – war dann wieder die alte Lehre von Klassen und Schichten da, und es gab keinerlei Zeitvorstellungen mehr, wann der Kommunismus ausbrechen sollte. Diese Zeitvorstellung hatte es ja auch in der DDR im Gefolge der KPdSU-Entscheidung Anfang der sechziger Jahre gegeben. Von daher war die Zukunft der Blockparteien zumindest seit der Äußerung von Erich Honecker in den achtziger Jahren – sie haben uns zu begleiten bis weit ins nächste Jahrtausend – klar; es war klar, daß sie für absehbare Zeit überleben konnten.

Aber der Waldemar Pilz, der ja wohl nicht da ist, hat Ende der siebziger Jahre im „Neuen Weg“, einem SED-Organ, geschrieben – ich verkürze jetzt auch –: Es ist bald zu Ende; das Ende der Blockparteien ist absehbar. Es ist nur ein zeitweiser Weg, den wir zusammen mit Nichtkommunisten gehen. Dann ist es vorbei.

Hans-Hermann Hertle: Ich möchte die fünf Fragen im Block beantworten und fange mit der letzten Frage von Herrn Weisskirchen an, wie hoch ich das Dissidentenpotential im FDGB einschätze. Ich möchte die Antwort unterteilen.

Das Dissidentenpotential im hauptamtlichen Funktionärsapparat würde ich als sehr gering bis gar nicht vorhanden veranschlagen. Ich weise aber darauf hin, daß der Zusammenbruch des FDGB nicht aus der Betrachtung des Jahres 1989 erklärt werden kann, sondern sehr wohl auch die FDGB-Funktionäre, wenn sie in Betriebe kamen, gesehen haben, in welche Richtung die ökonomische Entwicklung geht.

Es zeichnet sich ja anhand der Dokumente, die in der Staatlichen Plankommission archiviert sind, ab, daß die ökonomische Krise der DDR mit den Beschlüssen des VIII. Parteitages 1971 beginnt und erste Krisensitzungen zwischen Honecker, Schürer und den anderen Politbüromitgliedern seit 1976 stattfinden. Dann kam die Kürzung der sowjetischen Erdöllieferungen 1979 und in der Folge die Heizölablösung. Seit 1981/82 setzt ein massiver ökonomischer Niedergang ein, der ja auch auf den Straßen riechbar und ruckbar wurde.

Das ist den FDGB-Funktionären nicht entgangen. Der FDGB war nach meiner Meinung einem schleichenden Entlegitimierungsprozeß ausgesetzt, so daß die Funktionäre auch keinen Widerstand mehr gegen die Wende hervorbringen konnten und gleichzeitig für schnelle Reformen auf Grund ihrer Sozialisation im Apparat nicht geeignet waren. Die Mitglieder ließen ihnen keine Zeit, sich zwei oder drei Jahre zu entwickeln und dann sozusagen auf richtige Gewerkschafter umgeschult zu sein.

Das Dissidentenpotential in den Betrieben würde ich als mindestens genauso durchschnittlich wie in der gesamten Bevölkerung betrachten. Der Protest hat sich nicht in den Betrieben artikuliert; das ist bekannt. Bei allem Respekt, den ich vor dem Anteil der evangelischen Kirche an der Wende in der DDR habe, ist es trotzdem nicht vorstellbar, daß die evangelische Kirche 100 000 Pastoren nach Leipzig geschickt hat. Da waren sehr wohl auch die Kollegen aus den Betrieben, z. B. aus Buna oder Leuna. (Beifall)

Vielleicht muß ich jetzt doch noch einmal differenzieren. Wenn ich die These aufstelle, es habe keine institutionalisierte Interessenvertretung durch den FDGB gegeben, möchte ich damit nicht sagen, daß es überhaupt keine Interessenvertretung gegeben hat. Ich räume durchaus ein, daß es auf der unteren Ebene in den Betrieben Interessenvertretung im Einzelfall geben konnte, nur eben keine kollektive, in Form der Organisation FDGB, sondern das war dann eine individuelle.

Das heißt, meine Kritik am FDGB soll nicht als Schelte der Mitglieder und unteren Funktionäre in den Betrieben verstanden werden. Daß manche und gar nicht so wenige Kollegen, die auf der unteren Ebene im FDGB gearbeitet haben, das Vertrauen der Belegschaft hatten, sieht man an ersten Untersuchungen über die Bildung von Betriebsräten, wo durchaus – in Dresden und Leipzig etwas weniger, vielleicht mit einem Anteil von 10 bis 15 %, in Berlin 20 bis 25 % – auch ehemalige Vertrauensleute bis hinauf zum AGL-Vorsitzenden oder auch BGL-Mitglied in Personenwahl in den Betriebsrat gewählt worden sind.

Es gab den Hinweis auf den FDGB als Familienersatz. Im Zusammenhang mit dem Feriendienst würde ich es eher auf eine Art sozialistischen Neckermann zuspitzen. Aber die Familienersatzthese weist schon darauf hin, daß der FDGB sehr viele Funktionen in den Kommunen wahrgenommen hat, die mit seinem Zerfall und dem Niedergang der Betriebe weggefallen sind, z.T. für die Kommunen und für die Beschäftigten wichtige Funktionen, z. B. in der Kultur. Mit dem Niedergang des FDGB sind ganze Landstriche kulturell verödet, wobei ich damit kein Urteil über die Art und Weise der Kultur, die der FDGB dort vorher veranstaltet hat, sprechen möchte.

Die Frage nach der Ideologievermittlung und danach, welche Aufnahme sie fand, ist schwer zu beantworten. In der Regel lautet die Antwort der Leute, die daran teilgenommen haben, inklusive SED-Mitglieder, daß sie es ätzend und langweilig fanden.

Zur Frage, ob es Nachteile aus der Nichtmitgliedschaft oder einen direkten Zwang zur Mitgliedschaft gegeben hat. Es scheint tatsächlich so gewesen zu sein, daß die Mitgliedschaft in aller Regel mit dem Beginn der Lehre quasi kollektiv erworben wurde, obwohl individuell ein Beitrittsformular unterschrieben werden mußte. Das ganze Lehrkollektiv trat also in den FDGB ein. Von daher stellte sich für viele die Frage einer Nichtmitgliedschaft

überhaupt nicht. Wenn einzelne von diesem System nicht erfaßt waren, gab es allerdings die Möglichkeit, die jedoch nicht die Regel sein mußte und auch nicht zur Anwendung kommen mußte, Nichtmitglieder des FDGB sehr wohl über Prämienausschüttung, Jahresendprämie und andere Maßnahmen zu benachteiligen.

Zur Frage von Frau Wilms. Es war in der Tat das Problem des FDGB in der Wende, daß man verzweifelt versucht hat, Blockparteimitglieder zu finden, die eventuell vorstandsfähig gewesen wären. Aber es gab so wenig FDGB-Funktionäre, die Mitglied einer Blockpartei waren, daß diese Suche fast ergebnislos geblieben wäre, wenn man nicht auf dem außerordentlichen Kongreß auf die Idee gekommen wäre, Frau Helga Mauscher von der NDPD aus Cottbus vorzuschlagen. Und ihre Zugehörigkeit zur NDPD war dann auch ein wichtiges Kriterium für ihre Wahl, weil der vorherige SED-Kandidat durchgefallen war. Es gab sehr wenige Blockparteimitglieder, die Funktionäre im FDGB waren.

Der Eindruck von Frau Barbe war, daß Westgewerkschaften in der ersten Zeit der Wende in Ostbetriebe gegangen sind und die Kollegen dort dazu beraten haben, die alten Strukturen zu konservieren, also keine Betriebsräte zu wählen, sondern bei dem Prinzip der Betriebsgewerkschaftsleitungen zu bleiben. Das wurde damit begründet, daß Betriebsgewerkschaftsleitungen nach dem Arbeitsgesetzbuch formal mehr Rechte haben, und es wurde der Unterschied nicht gesehen, daß diesen formalen Rechten kein materielles Recht gegenübersteht. Das ist auch gewerkschaftsintern kritisiert worden. Leider ist dieser Kurs der Gewerkschaften zumeist erst im Februar/März geändert worden. Das hat sie sicherlich einiges Ansehen gekostet.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Abschließend hat zu einer persönlichen Bemerkung Frau Fischer das Wort, da Herr Hansen sie direkt angesprochen hat. Dann erlaube ich mir selber eine abschließende Bemerkung.

Abg. Frau Fischer (SPD): Herr Hansen, ich bedanke mich ausdrücklich für Ihre mahnenden und beruhigenden Worte. Ich bin sicher, daß Sie diese mahnenden und beruhigenden Worte auch vorhin schon an Ihren Parteifreund Herrn Schmieder gerichtet haben, ganz leise natürlich. Von dort kam ja vorher ein ziemlich emotional geladener Satz. Wenn ich als DDR-Bürgerin etwas erfahren habe und hier durch Äußerungen irritiert werde, geht bei mir ziemlich schnell mal das Temperament durch. Ich war deshalb von der Aussage des Herrn Dr. Lapp irritiert, weil er sagte, Motivation für viele Blockparteimitglieder, in diese Blockpartei zu gehen, war, den Parteiversammlungen der SED zu entgehen. Dies mußten auch Parteilose nicht. Deswegen nahm ich an, es sei eine Wortverwechslung mit politischer Weiterbildung gewesen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Ich habe als Moderator, wie

es so schön hier geschrieben steht, mich selber persönlich zurückgenommen, habe keine Fragen gestellt, obwohl ich nicht nur als Abgeordneter, sondern auch als Historiker eine Reihe von Fragen gehabt hätte. Ich sage nur folgendes.

Daß bestimmte Emotionen, die teilweise durchaus quer verlaufen, hier um den Tisch laut wurden, gehört sicherlich mit zu dieser schwierigen Vergangenheit, an der wir arbeiten. Es ist klar, daß hier nicht nur der kühle Verstand regieren kann, sondern gerade für die, die das unmittelbar miterlebt haben, natürlich auch das Herz mitspricht. Das ist auf verschiedene Weise auf den verschiedenen Seiten des Tisches schon geschehen. Dafür müssen wir Verständnis haben; es gehört zu unserer Arbeit, daß sich dies auch in der Öffentlichkeit mitteilt.

Aber ich möchte eines zu bedenken geben – das sage ich jetzt als jemand, der auch in der Rolle des Sachverständigen sein könnte: Wir sollten alles vermeiden, was an die Grenze der Beleidigung und Beschimpfung geht, auch wenn es nicht so gemeint war. Sonst werden wir große Schwierigkeiten haben, Sachverständige zu bekommen. Es ist klar, daß auch Sachverständige Menschen sind, daß sie Vorverständnisse mitbringen und daß sie werten. Wir werden auch dieses anerkennen müssen. Und da es immer sehr unterschiedliche Positionen gibt, gehört dies eben zu dem Wissenschaftsprozess, der in dieser Diskussion sich tatsächlich fortentwickelt. Dieses Verständnis sollten wir aufbringen. In diesem Sinne möchte ich die Moderation beenden und dem Vorsitzenden das Wort zu einigen geschäftsleitenden Bemerkungen geben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Kollege Soell, für Ihre moderative Tätigkeit. Wir müssen nun nach dem Motto „Rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“ doch eine ganz kurze Pause machen. Es ist für zwei anstehende künftige Arbeitsberatungen der Enquete-Kommission notwendig, daß die Obleute für zehn Minuten zusammenkommen. Meine ganz dringende Hoffnung und Erwartung ist also, daß hier spätestens 13.15 Uhr weitergemacht werden kann. Jeder möge sich selbst überprüfen, daß er dann wieder hier sitzt.

Auch ich habe mich in den letzten zweieinhalb Stunden sehr bewußt zurückgehalten. Ein Satz sei mir an dieser Stelle erlaubt. Was in den heutigen Vormittagsstunden gelaufen ist, hat meiner Meinung nach wieder deutlich gemacht, wie schwer das Thema „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ ist. Jeder, der gedacht hat, daß das bloß andere Menschen bewegt und Abgeordnete und Sachverständige und Wissenschaftler nicht, der hat wieder einmal gemerkt, daß das nicht geht. Wir können uns da nicht raushalten.

Darum bin ich – das sei hier gesagt – den drei Wissenschaftlern besonders dankbar gewesen, die hier geredet haben, die auch angegriffen worden sind,

die darauf, meine ich, sehr sachlich, sehr wohltuend reagiert haben. (Beifall bei der CDU/CSU)

Ich glaube, das hat mit dazu beigetragen, daß wir zu einem guten Punkt gekommen sind. Ich würde uns Abgeordneten wünschen, daß wir uns bei allen verständlichen Emotionen vielleicht manchmal doch auf die Zunge beißen und um der Sache willen die Sachlichkeit regieren lassen.

Um 13.15 Uhr geht es weiter.

Amtierende Vorsitzende Prof. Dr. Roswitha Wisniewski: Wie Sie bemerken, hat sich etwas verändert. Herr Eppelmann mußte jetzt leider einen Termin in Berlin wahrnehmen und ist bereits abgereist. Frau v. Renesse, als stellvertretende Vorsitzende, konnte heute leider auch nicht teilnehmen, und so ist das Los auf mich gefallen, als dienstältestes Mitglied jetzt die Leitung zu übernehmen. Ich darf kurz noch einmal zurückkommen auf den ersten Teil der Veranstaltung und würde doch gerne dem Eindruck entgegentreten, daß Herr Dr. Lapp, an den ja viele Fragen gerichtet worden sind und der auch kritisiert worden ist als jemand, der eine, wie Frau v. Renesse sagen würde, westdeutsche Sozialisation erhalten hat, hier mitwirkt. Das Gegenteil ist der Fall. Herr Fricke war so nett und hat eben darauf hingewiesen, daß Herr Dr. Lapp im Gegenteil eine sehr spezifische Sozialisation erlebt hat. Herr Dr. Lapp, wollen Sie vielleicht ganz kurz etwas zu Ihrer Biographie sagen?

Dr. Peter-Joachim Lapp: Ja. Ich bin in Oldenburg zur Schule gegangen und mit 17 Jahren, man verzeihe mir die Jugendsünde, in die DDR gegangen. Ich bin mit 18 Jahren wegen staatsgefährdender Hetze und Propaganda für 4 1/2 Jahre ins Zuchthaus gekommen, nach Waldheim, und bin dann freigekauft worden. Ich war von 1960 bis 1964, vom 18. bis zum 22. Lebensjahr in Haft. Und ich bin dann, Gott sei Dank, im Rahmen der Familienzusammenführung durch Freikauf wieder nach Oldenburg gekommen. Dort habe ich meine Lehre zu Ende gemacht, bin über den zweiten Bildungsweg an die Hochschule für Wirtschaft und Politik gegangen und habe dort bei Steffani und Hans-Peter Schwarz studiert. Seit 16 Jahren bin ich jetzt beim Deutschlandfunk.

Amtierende Vorsitzende Prof. Dr. Roswitha Wiesniewski: Es ging also darum, daß hier regelrecht ein sehr Betroffener vor uns sitzt, meine Damen und Herren. Jetzt der zweite Teil der Anhörung. Wir haben eine Reihe von Gästen: eine Reihe haben abgesagt, wie wir ja hörten. Ich begrüße Herrn Graumann, Herrn Prof. Dr. Karl-Heinz Blaschke, Herrn Fritz Gerber, Herrn Martin Rissmann, Herrn Tom Steinborn, und kurzfristig bereiterklärt auf unsere Bitte mitzuwirken, weil verschiedene Absagen vorlagen, hat sich der Herr Abgeordnete Junghanns von der CDU/CSU. Ich darf die Herren bitten, in der ersten Reihe Platz zu nehmen. Sie stehen uns also für Fragen zur Verfügung. Vielen Dank dafür. Es liegt ein Fragenkatalog aus, der zur Anregung und zur Verdeutlichung der Fragestellung auch an diejenigen gegeben wurde, die jetzt

als unsere Gäste hier mitwirken (Anlage 1). Ich darf die Leitung jetzt an Herrn Hansen übergeben.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Vielen Dank, Frau amtierende Vorsitzende. Es hat offenbar mit dem Innenleben dieser Enquete-Kommission zu tun, daß ich jetzt das Vergnügen und die Ehre habe, einfach das Wort zu erteilen. Meine Damen und Herren, auch von mir aus natürlich herzlichen Dank, daß Sie sich bereiterklärt haben, an dieser Anhörung teilzunehmen. Ganz unabhängig davon, was Sie zu sagen haben, finde ich, ist diese Tatsache alleine schon sehr dankenswert, und ich möchte das ausdrücklich im Namen aller betonen. Und die zweite Bemerkung möchte ich auch insofern verallgemeinernd machen, indem ich Sie, die gleich zu Wort kommen werden, als Sachverständige im weitesten Sinne des Wortes betrachte, wie wir alle Sie als solche sehen. Dies ist eine Anhörung und Ihre zu hörende Meinung wird wahrscheinlich eine Meinung unter sehr vielen sein. Sie soll eingehen in unseren jeweils individuellen Meinungsbildungsprozeß, aber auch in den der Kommission. Von daher braucht nicht vorschnell beurteilt zu werden, wie die einzelne Meinung in eine irgendwann zu erarbeitende Stellungnahme der Kommission insgesamt einfließen wird. In der Reihenfolge der Zusagen ist zunächst Herr Hans-Jörg Graumann aus Gräfenhainichen von der ehemaligen SED-Kreisleitung Gräfenhainichen hier unter uns. Vielen Dank, daß Sie da sind. Sie haben das Wort.

Hans-Jörg Graumann: Meine Damen und Herren, ausgehend von der fortgeschrittenen Zeit und der Tatsache, daß vieles Wichtige bereits heute gesagt worden ist, möchte ich mich nur zu wenigen Punkten äußern, die mich sehr bewegt haben in den heutigen Morgenstunden. Ich möchte davon ausgehen, daß vieles, was heute offengelegt werden soll, nicht aus der Sicht der Wendezeit und danach betrachtet werden kann. Das wäre, meiner Ansicht nach, zu kurz gefaßt. Manchmal schien mir das schon so, daß dies geschieht. Allein die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Veränderung: eine Abkehr vom Sozialismus spielte über nahezu 40 Jahre DDR bei fast keinem Durchschnittsbürger, Genossen der SED oder Mitglied einer Blockpartei eine bewußte oder bewußtseinsmäßige Rolle. Vieles sollte, meiner Ansicht nach, auch regional unterschiedlich analysiert und bewertet werden. Die Anonymität trotz Staatssicherheit ist ja wohl in einer Kreisstadt von 10 000 Einwohnern anders als in einer Großstadt, wie z. B. Leipzig oder Dresden. Hätte es in einer Kreisstadt wie Gräfenhainichen irgendwo Opposition gegeben, wäre wohl der Fall zum echten Fall viel früher geworden als in einer Großstadt. Die grundsätzliche Praxis war hier wie überall. Es gab in den Blockparteien – das zeigte auch meine Arbeit – unter den Funktionären zweierlei Meinungen. Es gab a) im wesentlichen die offizielle, den Kurs der SED bejahende Meinung, und es gab b) eine gewissermaßen private Meinung, die oft von den offiziellen Linien abwich und das sogar mitunter sehr wesentlich. Vor